

Wöchentlich 55 Pf., monatlich 1,60 Mk.
Im voraus zahlbar, Postbezug 4,20 Mk.
einschließlich 60 Pf. Postgebühren und
77 Pf. Postbestellgebühren. Auslands-
abonnentent 6.— Mk. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, Illustrierte Beilagen „Woll
und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner
„Unterhaltung und Wissen“, „Frauen-
stimme“, „Lehrling“, „Bild in die
Welterhellung“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Donnerstag
27. März 1930
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konzentration
des österr. Kapitalismus auf die
„Kleine Industrie“ hat sich
heute Wort 25 Wienig (täglich zwei
seitgedruckte Worte), jedes weitere Wort
12 Wienig. Stellenangebote das erste
Wort 15 Wienig, jedes weitere Wort
10 Wienig. Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt
Seite 60 Wienig. Familienangelegenheiten
40 Wienig. Anzeigenannahmeinstaus-
geschloß. Abdruckgebühr 2. wochenttäglich
von 8½ bis 12 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.
Vorwärts-Verlag G. m. b. H.
Volkskassenkonto: Berlin 57538. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, Wallstr. 65. Dr. S. u. Dieb.-Gel. Depositenkasse Lindenstr. 3.

Heute kritischer Tag.

Einigung über die Finanzreform — oder was sonst?

Die Verhandlungen über die Finanzreform wurden gestern den ganzen Tag über fortgesetzt. Fraktionsvorsitzende, Fraktionen, Führer- und Sachverständigenkonferenzen — der ganze ermüdende und auf den Zuschauernden verwirrend wirkende Apparat war im vollen Gange. Um 4 Uhr nachmittags war eine Führerbesprechung, der um 6 Uhr eine Sitzung des Reichskabinetts folgen sollte. Da eine Einigung bis 6 Uhr nicht zu erzielen war, wurde das Kabinett auf heute, 12 Uhr mittags, vertagt.

Man verhandelte weiter und sich noch um 8 Uhr abends einen engeren Kreis sozialpolitischer Sachverständiger zusammentreten, der über die Reform der Arbeitslosenversicherung beriet. Auch hier gab es keine Einigung. Zum Schluss heute um 10 Uhr vormittags wieder die Fraktionsvorsitzenden der Regierungsparteien nebst Finanzsakleuten und Sozialpolitikern einen letzten Versuch zur Einigung unternahmen. Danach soll das Kabinett zusammentreten, um aus dem Ergebnis oder Nichtergebnis der Verhandlungen das Fazit zu ziehen.

Ueber den sachlichen Inhalt der Verhandlungen kann gesagt werden, daß

Zuckersteuer, die bereits in dem Dezemberprogramm der Reichsregierung vorgesehen war, festgelegt wissen will.

Die Konferenz der Sozialpolitiker, mit der die Verhandlungen gestern abgeschlossen, erörterte einen neuen Vorschlag zur Arbeitslosenversicherung.

Dieser neue Vorschlag erhöht die Darlehenspflicht des Reiches aufrecht, jedoch mit der Maßgabe, daß die Reichsregierung alsbald auf dem Wege der Gesetzgebung entweder die Rückzahlung der Darlehen durch Beitragserhöhung ermöglicht oder zur Deckung dem Reich neue Einnahmen schafft. Der Beitrag soll nur 3/4 Proz. betragen. Von sozialdemokratischer Seite wurde das Bedenken geäußert, daß bei der vorgesehenen Regelung die endgültige Sanierung der Arbeitslosenversicherung zur Zeit unüberleibt und etwa im Herbst zur Entscheidung gebracht werden würde. Dann würden also neue Kämpfe um Abbau oder Aufrechterhaltung der Leistungen ausbrechen.

Auf der anderen Seite blieb die Deutsche Volkspartei wiederum stur bei dem Standpunkt, der Vorstand der Reichsanstalt müsse die Vollmacht erhalten, die Leistungen der Arbeitslosenversicherung abweichend vom Gesetz einzuschränken.

Ob die heutige Vormittagskonferenz unter diesen Umständen — trotz guten Willens vieler Beteiligten, besonders auch der Sozialdemokraten — zu einem abschließenden positiven Ergebnis führen kann, ist zweifelhaft. Sollte ein solches Ergebnis dennoch erzielt werden, so müßte das Kabinett überlegen, wie es sich zu ihm stellen will. Technisch würde ein gemeinsamer Vorschlag der Parteien eine Abänderung der Regierungsvorlagen bedeuten, die bekanntlich schon durch den Reichsrat gegangen sind und nun der Erledigung im Reichstagsauschuß und in zweiter und dritter Lesung im Reichstagsplenum harren. Kommt aber keine Einigung zustande, so hat das logischerweise zur Folge, daß das Kabinett es zunächst nur mit seinen eigenen Vorlagen zutun hat, deren schleunigste Erledigung es dann vom Reichstag verlangen muß.

die Arbeitslosenversicherung immer noch im Vordergrund

sieht, daß in zweiter Linie auch das Steuerentlastungsgesetz für 1931 noch stark umstritten ist und daß dagegen alles andere in den Hintergrund tritt. Zwar lehnt die Bayerische Volkspartei die Biersteuer in der Fassung der Regierungsvorlage ab, doch hofft man auch ohne sie auf eine Mehrheit. Die Mineralwassersteuer hat wenig Freunde, man glaubt, sie durch die innere Benzin- und Benzolabgabe leicht ersetzen zu können. Für die Sozialdemokratie ist ferner die Bestimmung der Regierungsvorlagen unerträglich, daß ab 1931 die Rückzahlungen aus der Lohnsteuer sistiert werden sollen. Aber weder die Regierung noch die Parteien scheinen auf die Beibehaltung dieser Bestimmungen Gewicht zu legen. Hier liegen also die großen Schwierigkeiten nicht. Sie liegen, wie schon gesagt, bei der Steuerentlastung und besonders bei der Arbeitslosenversicherung.

Die Deutsche Volkspartei verlangt Restlegung von Steuerentlastungen in Höhe von 700 Millionen, obwohl die Reichsregierung nur mit einer Ausgabensparnis von 600 Millionen rechnet. Von der Sozialdemokratie wird dagegen geltend gemacht, daß auch diese Summe überschätzt ist, und daß es gefährlich ist, schon jetzt Steuerentlastungen in diesem Ausmaß zu beschließen. Die Deutsche Volkspartei will außerdem nur eine Entlastung von solchen Steuern, die den Besitz entlasten, während die Sozialdemokratie auch die Entlastung der Lohnsteuer und der

Ein Rücktritt der Regierung

kann ebenso logischerweise nur dann in Frage kommen, wenn der Reichstag die Erledigung der Regierungsvorlagen verweigert, oder wenn er sie ablehnt oder schließlich, wenn er sie so verändert, daß die Regierung die Zustimmung verweigern zu müssen glaubt.

Und scheint es auf alle Fälle die Pflicht der Regierungsparteien zu sein, der Regierung die Vertretung ihrer Vorlagen vor dem Reichstag zu erwidern und in aller Cessantlichkeit die Entscheidung über das Schicksal der Finanzreform und damit auch der Regierung herbeizuführen.

Das Antiterrorgesetz.

Ein Anschlag auf die Gewerkschaften.

Der Westeuropäer, den ein Zufall in eine Versammlung des österreichischen Bürgertums verwickelte, würde erstaunte Augen machen. Was er dort zu sehen bekäme, wäre nämlich nicht bloß eine Versammlung sehr klassenbewußter Feinde der Arbeiterchaft, wie sie auch in anderen Ländern zu sehen ist, sondern noch dazu die Zusammenballung einer geradezu sinnlosen Wut in einem solchen Ausmaß, wie sie nicht oft zu finden sein dürfte.

Als Leitmotiv solcher Kundgebungen erklingt die Klage ob des ganz unjagbaren, ganz fürchterlichen und nicht mehr auszuhaltenden „Terrors“ der Sozialdemokraten. Vergeblich ist das Bemühen, diesen Leuten klarzumachen, daß das, was sie als Terror bezeichnen, nichts anderes ist, als die Anwendung gewerkschaftlicher Kampfmittel, die in der ganzen Welt üblich sind. Das Geschrei vom Terror gehört nun einmal zum lieb gewordenen Bestand der reaktionären Demagogie, die in Oesterreich um so üppiger gedeihen kann, je weiter von Europa entfernt sich das Leben der Kleinbürger in den Kleinstädten der Alpen abspielt.

Weiß schon der Spießher der Großstadt Wien sehr wenig von den weltbewegenden Auseinandersetzungen zwischen Arbeit und Kapital, so ist der österreichische Provinzbourgeois erst recht von einer geradezu rührenden Ahnungslosigkeit. Er weiß so gut wie nichts von dem Werden und Wirken der modernen Gewerkschaften; er hat keine Kenntnis von dem Prinzip der „geschlossenen Werkstätte“, für das die Proletarier aller Industrieländer seit Jahrzehnten kämpfen. Fremd und unheimlich empfindet er alles, was mit der modernen Arbeiterbewegung zusammenhängt. Er bekämpft es unter dem Sammelbegriff „Marrismus“ als das Berruchteste des Berruchten der ganzen Welt.

Aus diesem Geist ist jener Gesetzentwurf geboren, den die Regierung Schöber unter dem Namen „Antiterrorgesetz“ dem österreichischen Nationalrat vorgelegt hat. Er will, um es auf eine einzige Formel zu bringen, die Macht der freien Gewerkschaften brechen. Zu diesem Zweck sollen von nun an die Kollektivverträge keine Vereinbarungen mehr enthalten dürfen, die Nichtorganisierte von der Arbeit ausschließen. Vereinbarungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern, die dahin zielen, nur Mitglieder einer bestimmten Organisation in einen Betrieb aufzunehmen, werden untersagt. Auf diese Weise soll die „Freiheit“ des Arbeiters wiederhergestellt werden.

Jeder Kundige weiß allerdings, daß mit solchen gesetzlichen Bestimmungen nichts anderes erreicht wird und auch nichts anderes erreicht werden soll, als die geschlossene Front der Arbeiter zugunsten der Unternehmer zu durchbrechen. Dem Unternehmer soll erleichtert werden, Unorganisierte und Gelbe in die Betriebe zu bringen, um auf diese Weise die Löhne und sonstigen Arbeitsbedingungen senken zu können.

In einem Vermittlungsversuch haben die Arbeiterkammern vorgeschlagen, daß künftighin die Kollektivverträge lediglich Unorganisierte ausschließen könnten, daß aber die Mitglieder aller wirklichen Gewerkschaften unbedingt zur Arbeit zugelassen werden müßten. Auf diese Weise würden neben den Mitgliedern der freien Gewerkschaften die der christlichen und nationalen Vereinigungen unangesprochen in den Betrieben sein. Ueberdies sollte nach diesem Vorschlag die Arbeitsvermittlung von nun an obligatorisch durch paritätische Arbeitsnachweise erfolgen, so daß die Freiheit der Arbeiter wirklich gewährleistet wäre.

Aber die bürgerlichen Parteien haben sich bisher zu allen Vermittlungsvorschlägen ablehnend verhalten und damit zu erkennen gegeben, wie wenig es ihnen in Wirklichkeit darum zu tun ist, daß in unparteiischer Weise den Arbeitern Arbeit zugewiesen wird. Sie wollen vielmehr die Macht der Unternehmer über die Arbeiter mehren. Die Arbeiter sollen von den Unternehmern nach völlig freiem Ermessen ausgelehnt werden können. Jede Einschränkung dieser großen Machtfülle der Kapitalisten durch die Gewerkschaften soll durch das neue Gesetz unter Strafe gestellt werden. Bekämen die Unternehmer dieses Antiterrorgesetz, dann könnten sie die organisierten Arbeiter nach Herzenslust terrorisieren; denn das, was da geschaffen werden soll, ist nichts anderes, als ein Ausnahmegesetz gegen die freien Gewerkschaften.

Ein solches zu schaffen ist in der Tat die ausgesprochene Absicht der bürgerlichen Politiker. Sie glauben, die Zeit der Wirtschaftskrisen zu können, um den freien Gewerkschaften einen entscheidenden Schlag zu versetzen. Die Tatsache, daß 300000 Arbeitslose vor den Fabriken harren, gibt ihnen den Mut, den Streich zu wagen.

Die Kleinbürger, die eigentlich vor dem Gesetz gegen die Arbeiterorganisationen wirtschaftlich gar nicht sonderlich profitieren, schauen den Kapitalisten und ihren Klopffechtern schmerzhaft zu. Ihnen hat man eingeredet, daß das Antiterrorgesetz nun endlich und endgültig den Marrismus vertreiben werde. Ob solcher Aussicht verlieren sie die Spießher

Frick's Regierung will den Konflikt.

Entsendung eines Reichskommissars abgelehnt.

Weimar, 26. März.

Das thüringische Kabinett beschäftigte sich heute nachmittags in einer vierstündigen Sitzung mit der Antwort, die Reichsinnenminister Seubert auf sein letztes Schreiben, in dem er die Entsendung eines Reichskommissars nach Thüringen zur Untersuchung der Zustände bei der thüringischen Polizei in Aussicht stellt, gegeben werden soll.

Entgegen der Blättermeldung, daß die thüringische Regierung sich mit der Entsendung eines Reichskommissars einverstanden erklärt habe, wird die Ankündigung des Innenministers auf Entsendung des Ministerialdirektors Menzel in ablehnendem Sinne beantwortet.

In ziemlich scharfer Form wird gegen die Untersuchung der Verhältnisse bei der thüringischen Polizei Protest erhoben und verlangt, daß das Reichsinnenministerium zuvor die Beweise für die Notwendigkeit einer solchen Maßnahme erbringt.

Außer dieser Angelegenheit wurde die Frage des Beamtenabbaus besprochen, jedoch nicht zu einem

Abschluß gebracht. Am Freitag wird das Kabinett die Beratungen über diese Frage fortsetzen.

Die Reichsverfassung ermächtigt die Reichsregierung, zur Ueberwachung der Ausführung der Reichsgesetze zu den Landeszentralbehörden Beauftragte zu entsenden. Ein Ablehnungsrecht der Landeszentralbehörden gegen die Ueberwachung durch den Reichsbeauftragten besteht nicht.

Gegen Frick's Ermächtigungsgesetz.

Stellungsnahme der demokratischen Beamten.

In einer Tagung der demokratischen Beamten Thüringens erklärte der demokratische Landtagsabgeordnete Kallenbach, daß kein Zweifel daran sein könne, daß es verfassungswidrigen Charakter trage. Nach Entgegennahme eines zweiten Referats beschäftigte sich der Beamtenauschuß in eingehender Weise mit dem Ermächtigungsgesetz und kam etwa zu folgender Stellungnahme:

„Das Ermächtigungsgesetz ist verfassungswidrig. Die Beamtenorganisationen werden die erste sich bietende Gelegenheit benutzen müssen, um das im Prozeßwege feststellen zu lassen.“

(Weitere Redungen siehe auch zweite Seite.)

aller Länder schier den Verstand. Wie sollte das in Oesterreich anders sein. Was Wunder, daß die Kleinbürger der Alpenstädte den „Antiterroristen“ begeistert jubeln und nicht im entferntesten daran denken, daß ihnen etwa ein Schutz gegen die Kartelle der großen Handels- und Industrieherrn weit beförmlicher wäre, als das Ausnahmegesetz gegen die Gewerkschaften.

Der Vorkämpfer des Antiterrorgesetzes ist einer der berüchtigsten Terroristen Oesterreichs, nämlich der Heeresminister Baugoin. Dieser Mann, der in seiner bedenkenlosen Rücksichtslosigkeit, die von keines Gedankens Blässe angekränkt ist, einem Nichtösterreicher überhaupt nicht leicht verständlich gemacht werden kann, haben die bürgerlichen Parteien die Führung des Kampfes anvertraut. Er wäre am ehesten noch mit dem thüringischen Minister Fric zu vergleichen, dem er nicht nur durch die ordinäre Sprache, sondern auch durch die brutale Rücksichtslosigkeit seines reaktionären Tuns ähnelt. Dieser Heeresminister hat mit allen Mitteln eines beispiellosen Terrors Tausende Soldaten in den christlich-sozialen Verband gepreßt. Er hat jeden Arbeiter, der sich zur freien Gewerkschaft bekannte, aus den Betrieben der Heeresverwaltung hinausgetrieben. Heute, die mehr als 20 Jahre in diesen Betrieben beschäftigt waren, wurden über Nacht entlassen. Nach den Heldentaten dieser Art begab sich Baugoin stracks in die Versammlungen der Heimwehren und schrie sich die Kehle wund nach einem Antiterrorgesetz.

Die bürgerlichen Parteien versprechen sich mächtig viel von der von ihnen begonnenen Kampagne. Es kann aber sehr leicht ganz anders kommen, selbst dann, wenn es gelingen sollte, was nicht so einfach ist, den starken Widerstand der Sozialdemokraten im Nationalrat zu brechen. Mit Ausnahmegeetzen wird man einer Bewegung wie der der österreichischen Gewerkschaften auf die Dauer nicht beikommen. Im Gegenteil, es spricht vielmehr dafür, daß die freien Gewerkschaften schließlich stärker aus dem Kampf herauskommen, als sie in ihn hineingegangen sind.

Ein Vergleichsversuch.

Wien, 26. März. (Eigenbericht.)

Der Kampf um das Anti-Terrorgesetz scheint seinem Ende entgegenzugehen. In der Diensttagssitzung des Justizausschusses schlug Bundeskanzler Schober vor, einen Unterausschuß einzusetzen, um der allgemeinen Aufregung und Unruhe ein Ende zu machen. Diesem Ausschuß soll eine kurze Frist zur Berichterstattung gegeben werden. Man hofft, daß er bald zu einem Kompromiß kommt.

Im Namen der Sozialdemokraten erklärte sich Dr. Bauer mit einer Unterbrechung der Generaldebatte und der Einsetzung eines Unterausschusses einverstanden.

Es verlautet, daß

die Seipel-Clique bereits am Werk

ist, um Zugeständnisse an die Gewerkschaften zu hintertreiben. Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, daß die Bestrebungen des am Dienstag eingefetzten Unterausschusses doch zur Erfolgslosigkeit verurteilt sind.

Die neue Reichsbahn und Reichsbank.

Ein Vortrag von Reichsfinanzminister a. D. Dr. Hülferding.

Im Rahmen einer von der Industrie- und Handelskammer zu Berlin veranstalteten Vortragsreihe über den Young-Plan sprach gestern Dr. Hülferding über die „Neuordnung von Reichsbahn und Reichsbank“.

Der Redner befahte sich zunächst mit der politisch so bedeutsamen Aufgabe des Ausscheidens der ausländischen Delegierten aus dem Verwaltungsrat der Reichsbahn. Künftig sollen nur noch deutsche Mitglieder im Verwaltungsrat vertreten, deren Amtsdauer auf je drei Jahre festgesetzt sei. Die Befugnisse der Reichsregierung sollen nach der Neuordnung der Dinge bei der Reichsbahn sehr stark. Abgesehen davon, daß die Reichsregierung von der Wahl des Generaldirektors durch den Verwaltungsrat ihr Vorschlag abgibt, hat sie das Recht, an allen Sitzungen des Verwaltungsrates teilzunehmen, und besitzt ferner ein sehr ausgedehntes Prüfungs- und Aufsichtsratsrecht in betriebswirtschaftlichen Fragen.

Die Reparationsverpflichtungen der Reichsbahn belaufen sich nach dem Young-Plan auf 660 Millionen Mark jährlich. Diese sogenannte Reparationssteuer wird in monatlichen Raten von 55 Millionen entrichtet. Dagegen wird die Beförderungsteuer, von der bisher 200 Millionen an den Reparationsagenten bezahlt wurden, grundsätzlich von jeder Belastung für Reparationszwecke frei. Als deutsche Steuer bleibt sie zunächst noch bestehen und das Reich kann über sie frei verfügen. Außerdem sollen mit dieser Neuordnung die auf das Reichsbahnvermögen eingetragenen 11 Milliarden erste Hypotheken der Reparationsgläubiger fort. Die Sicherung für die Zahlung der Reichsbahn besteht lediglich darin, daß sie aus den Betriebseinnahmen gezahlt und vom Reich garantiert wird.

In den Ausführungen über die Neuordnung der Reichsbank legte der Redner besonderen Nachdruck auf die Tatsache, daß die bisherige Reichsbankverfassung unter dem harten Zwange des Dawes-Planes entstanden sei. Unter dem Dawes-Regime sei die Reichsbank das Instrument des Reparationsagenten zur Durchführung der Leistungen gewesen. Der wesentliche Fortschritt, den der neue Plan mit sich bringe, sei in der Wiedererlangung der Freiheit der Wirtschaftspolitik zu erblicken. Zusammenfassend ließ er feststellen, daß die in dem neuen Plan für die Reichsbahn und Reichsbank erreichten Erleichterungen im volkswirtschaftlichen Interesse durchaus annehmbar seien.

Der Oberbürgermeister von Solingen.

Vom Regierungspräsidenten ernannt.

Der Regierungspräsident in Düsseldorf wird als Kommunal-aufsichtsinstitut am Donnerstag den Regierungsdirektor beim Oberverwaltungsamt in Dortmund, Brysch, zum kommissarischen Oberbürgermeister von Solingen ernennen. Die Ernennung ist zunächst auf neun Monate befristet und dürfte nach Ablauf dieser Zeit voraussichtlich auf 12 Jahre ausgedehnt werden. Brysch gehört der Sozialdemokratischen Partei an.

Die Einsetzung eines kommissarischen Oberbürgermeisters war notwendig geworden, nachdem die Wahl eines Oberbürgermeisters durch das Solinger Stadtparlament infolge zweimal erfolglos verfallener, als der gewählte Kommunist Weber — wie von vornherein feststand — von der Kommunalaufsichtsbehörde aus grundsätzlichen Erwägungen nicht bestätigt wurde.

Nach italienische Spione werden aus der Schweiz ausgewiesen.

Hitler wird Staatsbeamter.

Der wahre Zweck der Fric'schen Ministerschaft.

Weimar, 26. März. (Eigenbericht.)

Die thüringische Regierung beabsichtigt, wie in unterrichteten Kreisen verlautet, Hitler zum thüringischen Staatsbeamten zu bestellen, um ihm auf diese Weise die Möglichkeit zur Erlangung der thüringischen bzw. deutschen Staatsangehörigkeit zu verschaffen. Hitler will jedoch nicht im thüringischen Staatsdienst tätig sein, sondern nur seine Ernennungsurkunde in Empfang nehmen und dann nach München verschwinden.

Mit der Ernennung zum Staatsbeamten würde Hitler automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Es versteht sich, daß Hitler nur formell Beamter werden soll — die Hauptsache ist die Erwerbung der Staatsangehörigkeit. Man nennt so etwas eine Schiebung. Diese Schiebung belastet den Dr. Fric aufs neue — sie zeigt, daß sein Ziel ist, den thüringischen Staatsapparat für die Zwecke der Hitler-Partei dienstbar zu machen.

Herr Hitler hat sich noch vor kurzem um die bayerische Staatsangehörigkeit bemüht. Seine Freunde haben Ende des vorigen Jahres vorgeführt, ob ein Einbürgerungsversuch Erfolg haben würde. Zu diesem Zwecke sprachen Dr. Fric und Dr. Buttman im bayerischen Innenministerium vor, sie erhielten jedoch eine ablehnende Antwort. Der „Bayrische Kurier“, der dies am Dienstag feststellte, erinnert an die Antwort, die der bayerische Ministerpräsident Dr. Held im Jahre 1924 im Landtag auf eine Hitler-Interpellation gab:

„Es gibt aber auch noch einen anderen Hitler, nämlich den Putzschiffen-Hitler, der es unternommen hat, mit bewaffneten Verbänden und mit der Waffe in der eigenen Hand die nationale bayerische Regierung für abgesetzt zu erklären, die ihm erreichbaren Mitglieder dieser Regierung in die

Gefangenschaft abführen zu lassen und die Gefahr eines Bürgerkrieges in Deutschland heraufzubeschwören. Und nur mit diesem Hitler haben sich die bayerische Staatsregierung und ihre Behörden pflichtgemäß zu befassen.“

Der „Bayrische Kurier“ fügt hinzu:

„In diesen Worten Dr. Helds kommt wohl auch zur Stunde noch der Standpunkt der bayerischen Regierung gegenüber einem Einbürgerungsgeheiß Hitlers zum Ausdruck.“

Bayern bedankt sich dafür, dem Putzschiffen-Hitler das Staatsbürgerrecht zu geben. Es weist ihn ausdrücklich ab unter Hinweis auf seine putzschiffische Gesinnung. Dafür soll der Putzschiffen Staatsbeamter in Thüringen werden!

Ueber die Gesinnung und die politische Absicht des Herrn Hitler ist kein Zweifel! Es ist noch nicht ein halbes Jahr her, daß Hitler in einem offenen Brief an den Grafen Soden erklärte, daß er und seine Partei die freistaatlichen Verfassungen als nicht zu Recht bestehend ablehnten, er hat am 8. November 1929 öffentlich erklärt („Völkischer Beobachter“), daß die Nationalsozialisten die Tatsache der Verfassung nicht anerkennen.

Der Minister eines Landes, der einen solchen Mann zum Staatsbeamten ernannt — den Führer der Partei, die täglich erklären läßt, daß sie eine Partei des Hochverrats ist —, bereitet dem Hochverrat den Weg. Daß die Volkspartei in Thüringen offenbar auch zu diesem Streich ihre stillschweigende Zustimmung gibt, ist eine schwere Belastung für die Volkspartei im Reich — eine sehr seltsame Illustration zu den Worten des Herrn Scholz in Mannheim, der die Volkspartei als die einzige Verfassungspartei hinzustellen sich bemühte.

Run aber Schluß mit Herrn Fric und seiner Vorbereitung neuer Hafentanz-Partysperimente in Thüringen!

Amerikas neue Vorschläge.

Drei Bedingungen. — Starke Zweifel in London.

London, 26. März. (Eigenbericht.)

Die amerikanischen Vorschläge, welche die Arbeiten der Flottenkonferenz nach zweiwöchiger Pause wieder in Gang gebracht haben, werden am Donnerstag von den Führern der Delegationen erörtert werden. Wie es scheint, hat Amerika seine Bereitschaft, mit den übrigen vier Konferenzmächten einen sogenannten konsultativen Pakt abzuschließen, an drei Bedingungen geknüpft. Diese Bedingungen oder Voraussetzungen lauten nach Mitteilungen von unrichtiger Seite:

1. Großbritannien schließt mit Frankreich und Italien einen zweiten auf das Mittelmeer zu beschränkten Pakt ab. Die übrigen am Mittelmeer interessierten Mächte sollen zur Teilnahme eingeladen werden.

2. Frankreich nimmt die durch den konsultativen Fünf-Mächtepakt und den Mittelmeerpakt gewährte Sicherheit zum Anlaß einer Herabsetzung seiner Tonnageforderung, so daß gleichzeitig eine Verminderung der amerikanischen und britischen Flottenprogramme auf das von Macdonald und Hoover besprochene Maß erfolgen kann.

3. Man wird versuchen, die französisch-italienischen Schwierigkeiten in der Paritätsfrage schnellstens zu beheben.

Die sensationelle Nachricht eines Abendblatts, daß sich das

englische Kabinett in seiner Mittwochssitzung gegen die Stimme Snowdens für einen derartigen Mittelmeerpakt ausgesprochen habe, ist unrichtig. Die Frage ist im Kabinett überhaupt nicht erörtert worden.

Der „Daily Herald“ warnt vor einer zu optimistischen Beurteilung der durch den amerikanischen Vorschlag gegebenen Zusätze auf einen glücklichen Ausgang der Konferenz und betont besorgend, daß es Grenzen gebe, über die hinaus die britische Regierung Verantwortlichkeiten im Zustande nicht übernehmen kann. Es ist unverkennbar, daß in englischen amtlichen Kreisen starke Zweifel darüber herrschen, ob die zusätzlichen Garantien, die Großbritannien eventuell zu geben bereit ist, genügen werden, um Frankreich zu einer Herabsetzung seiner Forderungen zu veranlassen.

Briand wieder in London.

Paris, 26. März. (Eigenbericht.)

Briand ist am Mittwoch nachmittags nach London gereist. In dem gleichen Zug befand sich der ägyptische Ministerpräsident Nustapha El Rabas Pascha und die übrigen Mitglieder einer ägyptischen Delegation, die mit dem englischen Kolonialamt über den Abschluß eines definitiven Vertrages zwischen England und Ägypten verhandeln wird.

Jan und Joseph Pilsudski.

Der Bruder als Ministerpräsident.

Warschau, 26. März. (Eigenbericht.)

Der Staatspräsident hat heute nachmittags den Abgeordneten des Regierungsblocks Jan Pilsudski, den Bruder des Marschalls, mit der Bildung der neuen Regierung betraut. Abg. Pilsudski hat den Austrag angenommen.

Jan Pilsudski gehört nicht zu dem radikalen Flügel der Regierungspartei, der als „Oberstengruppe“ bekannt ist, sondern er ist ein stiller und ruhiger Mann, der sich bisher zwar nicht in der Politik, aber noch weniger in den Kadaveren der Oberstengruppe hervorgehen hat. Sein erster Weg nach der Annahme des Austrags zur Regierungsbildung führte ihn zum Sejmarschall Daszynski, dann zum Senatsmarschall.

Morgen will der neue Mann mit den Parteiführern verhandeln, jedoch dürfte er damit nicht weit kommen. Bei der Mehrheit des Sejm besteht die Absicht, dem Beauftragten des Staatspräsidenten brieflich oder durch einen Sprecher für alle zu erklären, in den letzten zwei Tagen sei nicht eine Aenderung des politischen Zustands eingetreten, die irgendeinen Wechsel in der Haltung der Mehrheit hervorrufen könnte. Die Mehrheit hält an ihrer Forderung der unbedingten Sicherung des verfassungsmäßigen parlamentarisch-demokratischen Systems fest.

Immerhin aber glaubt man bei der ganzen Persönlichkeit Jan Pilsudskis, eine Widerlegung des Gegensatzes zu vermuten zu können. Man erblickt sogar in der Betrauung dieses Mannes einen Rückzug des Marschalls Pilsudski, der noch gestern in seinen Bedingungen für eine Beteiligung an einem Kabinett Ezymanski ein Regieren ohne und gegen das Parlament verlangt hatte. Vermutlich wird das neue Kabinett bis zum Freitag beisammen sein, so daß es sich dem Sejm vorstellen und dieser noch bis zum verfassungsmäßigen Termin des 1. April den Staatshaushalt verabschieden könnte.

Marine und Industrie.

Der Oberwerftdirektor wird Industriedirektor.

Wilhelmshaven, 26. März. (Eigenbericht.)

Der gegenwärtig noch aktive Vizeadmiral Franz, der Befehlshaber der Linienschiffe in Wilhelmshaven, wird zum 1. April dieses Jahres eine Stellung als Generaldirektor der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik A.-G. in Düsseldorf annehmen. Franz war bis zum vorigen Frühjahr Oberwerftdirektor der Marinewerft Wilhelmshaven.

Kirche und Faschismus.

Die Kundgebung eines Kardinal-Erzbischofs.

Mailand, 26. März.

Die Blätter veröffentlichen eine Botschaft, die der Mailänder Erzbischof, Kardinal Schuster, anlässlich der 11. Wiederkehr der Gründung der faschistischen Kampferbände an den Mailänder Sekretär der faschistischen Partei richtete. In der Botschaft heißt es: Der Papst hat von der ersten Stunde an den Faschismus gelehrt und große Hoffnungen auf diese jungen Kräfte gesetzt, die sich zum Glauben der Väter bekennen. Gott bestiftet und verwertet diese heiligen Vorsätze, damit der Faschismus für das Italien der Lateranverträge das Symbol der geistlichen Wiedergeburt sei. Dies ist der Wunsch aller. Ich schreibe diesen Glückwunsch am frohen Tage des Patriarchen von Cassino, von dem der Duce seinen Taufnamen ableitet. Der heilige Benedikt beschüge ihn in seiner Mission des Aufbaues.

Der deutsch-südtiroler Arzt Dr. Julius Glener ist infolge Benachteiligung aus der Verbannung mit seiner Frau zurückgekehrt und hat seinen Posten als Gemeindevater in Steinhaus im Ahrntal wieder antreten können. Es wurde ihm auch die frühere Wohnung wieder eingeräumt.

Der Premierminister von Australien erklärte, die Bundesregierung sei bereit, einen Konsultationsvertrag der Sowjetregierung zuzulassen, bedingte jedoch nicht, einen Konsul nach Rußland zu entsenden.

Frau Schneider-Crémieux.

Bege zur deutsch-französischen Verständigung.

Unter den Auspizien der Deutsch-Französischen Gesellschaft hielt gestern Abend Frau Schneider-Crémieux einen Vortrag über die Pariserin. Und wie schon der Vorsitzende der Gesellschaft, Herr Grautoff, als Zweck dieser Veranstaltung und seiner Vorgänger das Erben der Bege zur deutsch-französischen Verständigung bezeichnet hatte, so wuchs auch die Plauderei der Frau Schneider-Crémieux über den vorgezeichneten Rahmen hinaus.

Die Zahl und die Qualität der Persönlichkeiten, die aus Frankreich zu uns kommen, beweisen, daß die deutsch-französische Verständigung in Frankreich mehr als ein Regierungsprogramm geworden ist: sie gehört auch in der „besten Gesellschaft“ zum guten Ton. Das ist in Frankreich unendlich viel.

Daß Frau Schneider-Crémieux ganz natürlich in die hohe Politik hinüberglitt, lag also auch an der Atmosphäre, aber nicht weniger an der Persönlichkeit der Rednerin, in deren Familie die Politik Tradition ist und — das ist für Frankreich besonders bemerkenswert — die die erste Vizepräsidentin der radikal-sozialistischen Partei ist, einer Partei, die die schärfste Gegnerin des Frauenwahlrechts ist!

Die Zuhörer, die mit reichem Beifall dankten, erhielten den Eindruck einer ungewöhnlich klugen und lebenswürdigen Persönlichkeit. Sie im Dienst des Verständigungsgedankens zu finden, ist Gewinn.

Reichsbank- und Reichsbahngehälter.

Eine Antwort der preussischen Regierung.

Auf eine Anfrage im Preussischen Landtag über die Bezüge der Direktoren der Reichsbank und Reichsbahn hat die preussische Regierung eine Antwort erteilt, in der es heißt:

„Die preussische Staatsregierung hat auf die Festsetzung der Bezüge der Mitglieder des Direktoriums der Reichsbank und der Reichsbahn sowie deren Verwaltungsrat keinen Einfluß. Nach den Angaben, die das Reichsbankdirektorium über die Bezüge seiner Mitglieder gemacht hat, gehen die in der Anfrage angezogenen Ziffern für die Dienstbezüge des Präsidenten und der übrigen Mitglieder des Reichsbankdirektoriums weit über die tatsächlich gezahlten Beträge hinaus. Eine Zahlung von Abfindungen bei dem Ausscheiden aus dem Dienste erfolgt nicht. Die Tätigkeit des Präsidenten und der übrigen Mitglieder des Reichsbankdirektoriums bei der Goldkreditbank erfolgt ohne jede Vergütung oder irgendeine sonstige Entschädigung.“

Das Gesamteinkommen des Generaldirektors der Deutschen Reichsbahngesellschaft einschließlich Aufwandsentschädigung beträgt weniger als 100.000 Reichsmark, das der übrigen sieben Vorstandsmitglieder ein Drittel und weniger, als in der Kleinen Anfrage angenommen worden ist (in der Anfrage war von 150.000 Reichsmark die Rede). Die Bezüge der Verwaltungsratsmitglieder bleiben ebenfalls wesentlich hinter dem vermuteten Betrage zurück, immerhin sind sie höher, als es sonst bei staatlichen Gesellschaften ähnlicher Art üblich ist. Da der Verwaltungsrat international zusammengesetzt ist, sind die Bezüge in einer Höhe festgesetzt worden, wie sie auch sonst bei internationalen Gesellschaften gezahlt werden.

Sobald die ausländischen Mitglieder des Verwaltungsrats ausscheiden, ist es angebracht, auch bei der Bemessung der Bezüge der Mitglieder des Verwaltungsrats der Deutschen Reichsbahngesellschaft die für deutsche Verhältnisse geltenden Sätze in Betracht zu ziehen. Der gleiche Maßstab wird auch für die Gehälter der Mitglieder des Reichsbankdirektoriums und der sogenannten leitenden Beamten der Reichsbahngesellschaft anzulegen sein. In diesem Sinne beabsichtigt sich die preussische Staatsregierung mit der Reichsregierung in Verbindung zu setzen.

Bandervelde über Belgisch-Kongo.

Standardische Zustände enthüllt. — Jaspars' schwache Antwort. Brüssel, 26. März.

Am Dienstag richtete der sozialdemokratische Parteiführer Bandervelde im Parlament an die Regierung eine Anfrage wegen ihrer Politik im Kongogebiet. Bandervelde wies darauf hin, daß im Kongogebiet die Ausbeutung der Arbeitskraft planmäßig auf die Spitze getrieben werde. Mit diesem System hätten die verantwortlichen Stellen schwersten Mißbrauch getrieben. Den Arbeitern, die eingeborene Arbeiter anwerben, zahle man Kopfpfennigen. Gegenwärtig gebe es am Kongo 450.000 eingeborene Arbeiter. Unter diesen Schwarzen trieben die Kommunisten mit Erfolg eine rührige Propaganda. Die Sterblichkeitszahl unter den schwarzen Arbeitern sei sehr groß und erreiche 1,28 bis 1,44 vom Tausend.

Auch der belgische Kammerabgeordnete Orts, Mitglied des Senats Mandatsausschusses, hatte gegen die belgischen Ausbeutungsmaßnahmen Einspruch erhoben, ebenso die katholischen und evangelischen Bischöfe und Missionare. Bandervelde forderte die Entsendung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses ins Kongogebiet.

Ministerpräsident Jaspars antwortete, die belgische Regierung lasse es sich angelegen sein, die Art und Weise, wie am Kongo die schwarzen Arbeiter gemorcht würden, beständig zu prüfen; die Regierung habe Maßnahmen getroffen, um auch die Schwarzen der Errungenschaften der Freizeit und der Freizügigkeit teilhaftig werden zu lassen. Aber einstweilen sei noch ein gewisser Zwang notwendig. (1) Immerhin habe man bereits der bisher betriebenen überführigen Industrialisierung Einhalt geboten, und auch die zonenweise Arbeiterwerbung sei bis auf weiteres eingestellt worden. Eine eingehende Untersuchung über die wirtschaftliche Lage des Kongogebietes sei eingeleitet, und die Ergebnisse würden sobald veröffentlicht werden.

Luther stellt sich vor.

Rundreise Rom-Paris-London.

Paris, 26. März. (Eigenbericht.)

Reichsbankpräsident Luther ist am Dienstag auf seiner Rundreise nach den Hauptstädten der am Young-Plan interessierten Mächte von Rom kommend in Paris eingetroffen. Er wurde vom Gouverneur der Bank von Frankreich, Moreau, begrüßt, mit dem er am Mittwoch eine ausführliche Unterredung haben wird. Am Donnerstag reißt Dr. Luther nach London.

Araber verhandeln in London. In London traf eine Abordnung von sechs Arabern ein, unter denen sich auch der Großmufti von Jerusalem befindet, um die Forderungen der Araber Palästinas dem Staatssekretär für die Dominien zu unterbreiten. Wie verlautet, wird die Errichtung einer palästinensischen demokratischen Nationalregierung vorgeschlagen, die aus Arabern und Juden gemeinsam bestehen soll.

Die Flottenkonferenz.



„Meine Herren, mir scheint, daß wir nicht recht voran kommen.“

Young-Plan in Frankreich gesichert.

Sozialisten stimmen für die „Krönung ihres Friedenswerkes“.

Paris, 26. März. (Eigenbericht.)

Zur Debatte über den Young-Plan, die am Donnerstag in der Kammer beginnt und voraussichtlich zwei Tage dauern wird, haben sich bereits 16 Redner gemeldet, darunter die Sozialisten Leon Blum, Mariot und Grumbach, die radikalen Abgeordneten Herriot, Berger und Bonnet und die Ueberparteiellen Marin, Mandel, Dubois und Franklin-Bouillon.

Blum erklärt heute im „Populaire“, warum die französischen Sozialisten für den Young-Plan stimmen werden, obwohl Lardieu selbst am Dienstag wieder triumphierend in den Wandelgängen erklärt habe, er sei jetzt sicher, dank der „auswechselbaren Einkammergehülse“ über eventuelle Stimmenausfälle der Rechten glücklich hinwegzukommen. Die Sozialisten möchten keineswegs daran, erklärt Leon Blum, Lardieu ihr Vertrauen auszuspülen. Im Gegenteil, sie möchten ihn auf's Äußerste und hielten ihn für unfähig, aus dem Young-Plan alles Nützliche herauszuholen. Aber bei der Ratifizierung des Young-Planes, der die Krönung der Friedensbestrebungen der sozialistischen Internationale im letzten Jahrzehnt darstelle, gebe die Regierung und ihre Rechtsmehrheit den Sozialisten endlich die langersehnte Anerkennung. Alles, was gut und gerecht am Young-Plan sei, sei sozialistisches Geistes, sei sozialistisches Werk. Außerdem sei der Young-Plan in Deutschland auf Antrag einer sozialistisch geleiteten Regierung und mit starker, hauptsächlich aus Sozialisten bestehender Mehrheit angenommen worden.

Auch die Radikalen für den Young-Plan.

Paris, 26. März. (II.)

Die radikale Kammergruppe hat mit 33 gegen 11 Stimmen bei 15 Stimmenthaltungen beschlossen, für die Ratifizierung des Young-Planes einzutreten.

Der Bericht des Auswärtigen Ausschusses.

Paris, 26. März. (Eigenbericht.)

Der der Lardieu-Gruppe angehörende Abg. Signoux, Chefredakteur der „Journé Industrielle“, hat am Mittwoch seinen Bericht über den Young-Plan an die Mitglieder der Finanzkommission der Kammer verteilt. Der Bericht ist ein umfangreiches historisches Dokument von nicht weniger als 50 Druckseiten, der die ganze Geschichte vom Dawes- zum Young-Plan noch einmal ausführlich behandelt.

Signoux erklärt, daß der Young-Plan, trotzdem er Frankreichs Anteil an den deutschen Zahlungen um jährlich durchschnittlich 300 Millionen gegenüber dem Dawes-Plan vermindere, vorteilhafter sei, weil er die restlose Berwindung der politischen Reparations-schuld in eine Handels-schuld vollziehe und er die Robustifizierung der ungeschügten deutschen Zahlungen unter voller Garantie des deutschen Kredits ermögliche. Gewiß hätten einige deutsche Politiker, vielleicht aus Ueberzeugung, vielleicht auch nur aus Opportunismus, von einer Revision des Young-Planes gesprochen.

Aber an eine böswillige Zahlungseinstellung Deutschlands sei kaum zu denken.

Denn Deutschland habe in der Inflation seine flüssigen Mittel verzehrt und lebe heute von Krediten. Es sei daher an der Aufrechterhaltung dieses Kredites durch restlose Erfüllung des Young-Planes interessiert. Im übrigen könne man nicht oft genug wiederholen, betont der Berichterstatter weiter, daß die Budgetlage Deutschlands „relativ gesund oder zumindest heilbar“ sei, während die Trejarlage „immer wieder durch eine Politik der Sorglosigkeit bedroht“ sei und daher Hilfe auf dem Anleihewege erfordere.

Ein besonders ausführliches Kapitel gewährt der Berichterstatter der Internationalen Zahlungsbank, dem „unstrittigsten Punkt“ des Young-Planes. Er erklärt dazu einseitig, daß, wer die Kommerzialisierung der politischen Reparations-schuld wünsche, auch das Mittel dazu, die Zahlungsbank annehmen müsse.

„Meine Schwester und ich“.

Luftspielersieg im Komödienhaus.

Ueber dem Komödienhaus strahlt seit Monaten ein Glücksstern. Auch das Stück des Theaters „Meine Schwester und ich“ von Herr. Bernoulli. Benahly wird ein Streifen-sieg werden. Es ist ein charmantes Spiel von der Liebe mit einem bühnenromanischen, mit vielen lustigen Einfällen und mit anspruchslos leichter Musik. Die übermütige Laune der Darsteller fesselt das Publikum reitungslos an. Soviel hat man schon lange nicht im Theater gelacht wie gestern. Dgr.

Die Bank besitze eine derartige Fülle von Vorkräften, daß sie, gestützt auf ihre gewaltigen Kapitalmassen, vielleicht eine Kredit-Inflation hervorrufe, die Einmischung außereuropäischer Kapitals in Europa begünstige und die Finanzpolitik der ihr gegenüber aus Mangel an Kontrolle ohnmächtigen Regierungen durchkreuze. Diese Möglichkeiten seien praktisch nicht zu befürchten, denn einmal sei die Bank verpflichtet, mit den Zentral-Roteninstituten zusammenzuarbeiten, nur kurzfristige Kredite auszugeben und immer liquide Mittel für die Sicherheit der nächsten Zahlungstermine zu unterhalten. Dafür dürfe sie weder Noten ausgeben, noch sich die Majorität bei irgendwelchen Unternehmen zu sichern suchen. Mit all diesen Einschränkungen sei der Bank jede Möglichkeit genommen, sich als „Ueberbank“ zu betrachten. Denn nirgends könne sie eine Politik weit genug treiben. Vor allem könne sie, da ihr das Akzept-Kreditgeschäft verboten sei, keinen Kredit schaffen, sondern nur Kredit geben. Die wichtigsten Befehle einer selbständigen Politik der Reparationsbank seien damit beseitigt, doch besitze natürlich immer noch eine „gewisse Zone der Unsicherheit“. Aber schließlich könne die Bank auch so viel gutes leisten, daß sie schließlich „als flüssiges finanzielles Rückgrat“ der europäischen Staatenvereinigung bestehen bleiben könne.

Abschließend spricht sich der Berichterstatter nochmals für die Ratifizierung des Young-Planes aus. Denn diese Ratifizierung sei „sowohl eine nationale wie eine internationale Notwendigkeit“.

Neue Schlappe der Regierung Lardieu.

Paris, 26. März. (Eigenbericht.)

Die Regierung Lardieu blieb am Mittwoch in der Kammer im Laufe der Debatte über das Getreidegesetz wieder einmal mit 277 gegen 310 Stimmen in der Minderheit. Die Abstimmung betraf einen Zusatzantrag zum Regierungsentwurf, welcher das Kriegsministerium zur Verhinderung künstlicher Konjunkturen verpflichtet sollte, Getreide und Wehl im Werte von 200 Millionen Franken aufzukaufen und vorrätig zu halten, um dadurch eine Stetigkeit der Getreidepreise zu sichern. Der Landwirtschaftsminister und der Berichterstatter der Kommission legten gegen den Antrag schärfsten Protest ein. Die Kammer nahm ihn trotzdem an. Dann wurde auch die Regierungsvorlage angenommen.

So sieht Frankreichs „Abrüstung“ aus.

Paris, 26. März. (Eigenbericht.)

Der Senat hat am Mittwoch nach der Erledigung des Kolonialbudgets mit der Beratung des Kriegsbudgets begonnen. Der Berichterstatter Mathieu suchte zu beweisen, daß Frankreich, obwohl es sein Kriegsbudget in diesem Jahre wieder um 250 Millionen Franken erhöht hat, eine aktive Abrüstungspolitik (1) betreibe, da der Mannschafbestand des Heeres gegenüber der Vorkriegszeit um nicht weniger als 44 Prozent zurückgegangen sei. Er ver-schwieg allerdings, daß die Zahl der Berufssoldaten seither um rund 100.000 Mann gewachsen ist.

Der Vorsitzende der Armeekommission der Kammer, Ledrun, konnte es sich nicht verlagern, wieder einmal das Märchen von den „400.000 tadellos ausgebildeten und ausgerüsteten deutschen Soldaten“ aufzutischen, die eine permanente Gefahr für Lothringen und das Grenzgebiet im Kriegs-falle darstellten. Er verlangte daher die scharfe Verabschiedung des von der Kammer bereits genehmigten Mobil-machungs-gesetzes durch den Senat.

Fliegerbomben auf Dörfer.

Repressalien in Französisch-Indochina.

Paris, 26. März. (Eigenbericht.)

Der oberste Kolonialrat von Indochina hat in einem Telegramm an den Präsidenten der Republik, die Regierung, Kammer und Senat gegen die „unmenschlichen Repressalien“ protestiert, die von Polizei und Militär wegen der Neutralität in Yen Bay unternommen worden sind. Mehrere Dörfer wurden u. a. mit Fliegerbomben belegt, wobei zahlreiche Einwohner, darunter Frauen und Kinder, getötet worden sind.

Unter den Begleitern Gandhi ist eine ansteckende Krankheit ausgebrochen, so daß bereits neunzehn Erkrankte auf Tragbahren mitgeführt werden.

Schafft endlich Arbeit!

Die Last der Arbeitslosigkeit. — Wo bleibt der Konjunkturausgleich?

Genosse Gerhard, Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses des Arbeitsamts Ost, schreibt uns:

Die Rationalisierung der Betriebe, mangelnde Aufträge und verschiedene andere Ursachen riefen im letzten Halbjahr 1929 eine Arbeitsmarktkrise hervor, die in ihrem Umfang die Arbeitslosigkeit der vergangenen Jahre weit in den Schatten stellte. Gegenüber der Arbeitslosigkeit im Winter 1928/29, hervorgerufen durch Stilllegung jeglicher Bautätigkeit infolge des scharfen, langanhaltenden Frostes, ist der Arbeitsmarkt nun durchschnittlich 20 Proz. mehr besetzt, trotz des milden Wetters, das die Bautätigkeit fast für den ganzen Winter zuließ.

Anfolge der riefenhoch angestiegenen Arbeitslosigkeit erhöhte sich die Belastung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, der Wohlfahrtsämter und Krankenkassen ganz außerordentlich. Da die aufgenommenen Beiträge nicht ausreichten, mußte die Reichsanstalt Darlehen beim Reich aufnehmen, die zur Zeit 600 Millionen Mark ausmachen.

Die Belastung der Wohlfahrtsämter

in der Erwerbslosenhilfe und öffentlichen Wohlfahrtspflege in Groß-Berlin müde durch einige Zahlen beleuchtet werden. Im Dezember 1929 betrug die Zahl der in der Erwerbslosenhilfe betreuten Personen 31.464 zusätzlich 17.195 Zuschläge. Für Zuschüsse an Empfänger von Arbeitslosenversicherung mußten für 11.560 Arbeitslose mit 3097 Zuschlägen 136.800 M. gezahlt werden. Dazu kommen noch Sachleistungen in der öffentlichen Wohlfahrtspflege im Betrage von 1.629.700 M. einschließlich 214.300 M. Mietunterstützungen. Insgesamt wurden

allein im Dezember 1929 in Berlin 10.344.900 M. für öffentliche Wohlfahrtspflege ausgegeben!

Diese Zahlen werden sich im Laufe der letzten Monate noch erhöhen. Im Bereich Groß-Berlins wurden am 15. Februar 1930 von der Reichsanstalt 196.416 Hauptunterstützungsempfänger unterstützt. In der Krisenfürsorge befanden sich 26.288 männliche Unterstüßungsbezieher. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit beträgt 10 Monate. Der größte Teil dieser Unterstützten findet im Beruf infolge Ueberalterung kein Unterkommen mehr. Auch in dem von der Arbeitslosenversicherung und den Wohlfahrtsämtern betreuten Personenkreis befindet sich ein großer Teil Arbeitsloser, der in den heutigen Arbeitsprozess nicht mehr eingereiht werden kann.

Diese Arbeitslosen stehen in großem Elend oder gehen ihm entgegen. Es ist dringende Aufgabe des Reiches, nicht nur für ausreichende Unterstützung Sorge zu tragen, sondern

es muß Arbeit beschafft werden.

die den einzelnen in den Stand setzt, für sich und die Seinen zu sorgen.

Die Notstandsarbeiten gehen jetzt ihrem Ende entgegen. Die Zahl der beschäftigten Notstandsarbeiter betrug am 15. Januar 1928, die sich seitdem bestimmt noch verringert hat. In den Vorjahren wurden bei geringerer Arbeitslosigkeit erheblich mehr Notstandsarbeiter beschäftigt. Die Abnahme der Notstandsarbeiten führt naturgemäß auch zur Verringerung der bei diesen Bauten beschäftigten Stammarbeiter. Die Einrichtung von neuen Notstandsarbeiten ist dringend notwendig. In Berlin sind sehr viele Objekte ausführungsfähig, die sich für Notstandsarbeiten eignen. Bei diesen Arbeiten muß die Maschinenarbeit auf das äußerste Maß beschränkt werden, damit möglichst viel Arbeitskräfte beschäftigt werden können. Arbeiten, wie

Fortschreibung der Untergrundbahnen, Straßenbau usw.

liegen durchaus im Interesse der Stadtgemeinde, da ja ein Teil des gezahlten Lohnes in Form der Lohnsummensteuer zur Stadt zurückfließt, ganz abgesehen von der Senkung der Ausgaben für Wohlfahrtspflege. Da bekanntlich die Bauindustrie das Schlüsselgewerbe für andere Industrien darstellt, würden von der Einrichtung von Notstandsarbeiten diese infolge vermehrter Arbeitslosigkeit Vorteile haben.

Sämtliche Arbeiten, die von der Stadt vergeben werden, müssen in Bezug auf Einstellung von Arbeitern unter strengster Kontrolle gestellt werden, damit der Zugang nach Berlin teilweise unterbunden wird. Der § 13 der Allgemeinen Bau- und Arbeitsbestimmungen der Stadt Berlin gibt dazu die Handhabe.

Wenn auch diese Maßnahmen nur einen Behelf darstellen, so dienen sie doch zur Entlastung des Arbeitsmarktes. Außerdem wäre noch die Forderung zu stellen, daß bei Vergabe von Reichs- und Staatsaufträgen der Rationalisierung in den mit diesen Aufträgen betrauten Betrieben Einhalt geboten und diesen ausgegebenen, vermehrte Arbeitskräfte, und zwar möglichst ältere Arbeitnehmer, von den zuständigen Arbeitsnachweisen zu entnehmen.

*

Wir möchten ergänzend zu den Ausführungen des Genossen Gerhard hinzufügen, daß wir nicht so sehr die Schaffung von Notstandsarbeiten, sondern von Arbeit überhaupt für wichtig halten. Reichspost und Reichsbahn droffen ihre Arbeiten gerade in einer Zeit, wo es Pflicht der öffentlichen Unternehmungen ist, die Auftragsvergebung zu forcieren. Das gleiche ist bei allen öffentlichen Unternehmungen zu beobachten. Ist das der angekündigte Konjunkturausgleich? Mit dieser wirtschaftlichen Katastrophenspolitik muß Schluss gemacht werden. Schafft endlich Arbeit!

seit neun Monaten bestehen und unter anderem die Arbeitsgerichte wiederholt beschäftigt haben. Den Klagen, die wir von Berliner Arbeitsamtsangehörigen bekommen, müssen wir jedoch entnehmen, daß es mit der Einhaltung der tariflichen Verpflichtungen noch immer keine gute Welle hat. Der Präsident der Reichsanstalt hat in einer Mitteilung an die Präsidenten der Landesarbeitsämter vor zwei Jahren unter anderem geschrieben:

„Die Reichsanstalt ist auf die Erfahrung, Sachkunde und Arbeitsfreudigkeit der Beamten und Angestellten aus den drei Fachgebieten und der Verwaltung angewiesen. Sie muß schon im eigenen Interesse die Bedingungen für den freiwilligen Uebertritt zur Reichsanstalt so gestalten, daß niemand eine Verschlechterung gegenüber den bisherigen persönlichen und dienstlichen Verhältnissen erfährt.“

Diese Verpflichtung, die der Präsident der Reichsanstalt dadurch übernommen hat, ist bis heute noch nicht eingehalten worden. Ganz abgesehen davon, daß man Angestellten, die zufällig und vorübergehend an dem im Gesetz vorgesehenen Stichtag, am 1. Oktober 1927, anderweitig vom Magistrat der Stadt Berlin beschäftigt waren, deshalb in buchstabentreuer Auslegung des Gesetzes die Vorteile des Magistratsstarifs vorenthält, kommt nach die schon erwähnte Mindereingruppierung hinzu. Durch diese Maßnahme ist vielen Berliner Arbeitsamtsangehörigen das Einkommen ganz erheblich gekürzt worden. Wir können erwarten, daß die Reichsanstalt nun endlich zu dem Wort steht, das Dr. Syrup seinerzeit gegeben hat.

Kommunistische Manöver bei Wächinger.

Die Terroristen schreien über Terror.

Diejenigen, die die Bestie im Menschen ihren Zwecken dienstbar machen, schreiben in der kommunistischen Presse über „Terror“ gegen Wächinger-Arbeiter. Wegen Betriebsbeschränkung sind bei der Firma Wächinger ein Teil Arbeiter gekündigt worden. Darunter sollen sich auch einige Kandidaten auf der sogenannten „roten Liste“ für den Betriebsrat befinden. Die Firma Wächinger war sicher sehr leicht zu beraten, als sie diese Kündigungen aussprach. Sie macht damit unfreiwillige Propaganda für die „rote“ Liste und liefert Wasser auf die Mühlen der KPD. Trotzdem ist es ein Unsinn, über „Gewaltstreik“ und „brutale Maßregelung“ im Einverständnis mit dem bisherigen Betriebsrat zu schreiben. Die Kündigungen der Wahlkandidaten der „revolutionären Gewerkschaftsopposition“, die sowieso nicht gewählt werden, sind nach § 134 des BGB. nichtig.

Es ist eine Niederträchtigkeit von einem Einverständnis zu diesen Kündigungen des Betriebsrats zu sprechen. Sie zeigt aber, mit welchen Mitteln die Kommunisten arbeiten. Geradezu lächerlich ist es, wenn verlangt wird, daß die Wahlurne in der Wächinger-Zentrale aufbewahrt wird. Der Haß gegen die eigenen Arbeitskollegen geht also soweit, dem Wahlvorgang nicht einmal so viel Vertrauen entgegenzubringen, daß die Wahl ordnungsgemäß durchgeführt wird. Die kommunistische Presse hat eben keine Ahnung vom Betriebsratsgesetz, sonst würde sie nicht auf solche Dumtheiten verfallen.

Diese Kompromisse gegen die eigenen Arbeitskollegen macht es erst recht zur Pflicht, auf alle Fälle zur Wahl zu gehen. Nun erst recht alle Stimmen der Liste 1.

Die Betriebsräte wahlen.

In Berlin und im Reich.

Bei der Arbeiterratswahl im Werk Osram erhielt die Liste der freien Gewerkschaften 1530 Stimmen und 9 Sitze, die der „Opposition“ 886 Stimmen und 5 Sitze. Im Vorjahre gingen die Kommunisten teils mit den freien Gewerkschaften zusammen, teils stimmten sie für eine syndikalistische Liste, die 410 Stimmen und 3 Sitze erhielt.

Bei den Betriebsräte wahlen in den Betrieben der Stadt Dresden erhielten die Kommunisten eine empfindliche Schlappe. Den 88 freigewerkschaftlichen Betriebsräten stehen bis jetzt 5 Betriebsräte, die auf kommunistischen Oppositionslisten gewählt wurden, gegenüber. Außerdem sind noch 2 Betriebsräte Mitglieder des Sächsischen Gemeindebeamtenbundes.

Die Betriebsratswahl bei der Stängelzuckerfabrik Bitteran u. Koch, Dresden, endigte mit einem Sieg der freien Gewerkschaften. Diese erhielten 8 Vertreter (voriges Jahr 7), während die „roten Betriebsräte“, die im vorigen Jahre 4 Sitze innehatten, nunmehr bloß noch 3 Vertreter zählten.

Zentralverband der Angehörigen, Ortsgruppe Groß-Berlin, 28. Dezember, 12. Redaktions-Redaktion, Sozialversicherung, Privatversicherung, Banken, Ozeanfahrten, andere freie Berufe, Anwält. Pommers. 27. März, 1919 Uhr, findet in der Stadthalle Rottenturm, Eingang: Straßburger Straße, eine gemeinsame Veranstaltung statt, in der der Reichsorganisationsrat Kurt Dietrich über „Rechtsfragen und Sicherstellung der Arbeitnehmers“ sprechen wird.

Einkaufsabend der Eisenbahner, SPD-Fraktionsoberleitung des 5. Kreises, Freitag, 19. Uhr, bei Dunsen, D. 112, Neue Bahnhofsstr. 11. Referent Genosse Budmann. Um schmeichelnd Besuch wird gebeten. Mitteilungsblatt mitbringen.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Jugendausflugslokal Fortsetzung am 8. April um 15 Uhr im Theater am Blasenpark. Zur Aufführung gelangt „Das Gedicht“ von G. A. Hauptmann — Beside: Pommers. 27. März, 1919 Uhr, findet in der Stadthalle Rottenturm, Eingang: Straßburger Straße, eine gemeinsame Veranstaltung statt, in der der Reichsorganisationsrat Kurt Dietrich über „Rechtsfragen und Sicherstellung der Arbeitnehmers“ sprechen wird.

Schlachtpferde am 15. April um 15 Uhr im Theater am Blasenpark. Zur Aufführung gelangt „Das Gedicht“ von G. A. Hauptmann — Beside: Pommers. 27. März, 1919 Uhr, findet in der Stadthalle Rottenturm, Eingang: Straßburger Straße, eine gemeinsame Veranstaltung statt, in der der Reichsorganisationsrat Kurt Dietrich über „Rechtsfragen und Sicherstellung der Arbeitnehmers“ sprechen wird.

Incendiarie des Zentralverbandes der Angehörigen

Beide, Donnerstag, finden folgende Veranstaltungen statt: **Pantomime** im Theater am Blasenpark. Zur Aufführung gelangt „Das Gedicht“ von G. A. Hauptmann — Beside: Pommers. 27. März, 1919 Uhr, findet in der Stadthalle Rottenturm, Eingang: Straßburger Straße, eine gemeinsame Veranstaltung statt, in der der Reichsorganisationsrat Kurt Dietrich über „Rechtsfragen und Sicherstellung der Arbeitnehmers“ sprechen wird.

Verantwortlich für Politik: Dr. Carl Geiser; Wirtschaft: G. Altmann; Gewerkschaftsbewegung: 2. Steiner; Sozialisten: Dr. John Schimmler; Politik und Sanität: Erik Rastbach; Redaktionen: Th. Glöckler; sämtlich in Berlin. Berlin: Reichsorganisationsrat, 5. m. 5. Berlin. Druck: Germania-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Winkler & Co. Berlin, 28. 55. Lind-Str. 3. Herausg. 2. Auflage. „Unterhaltung und Wissen“ und „Kunstblätter“

Ihre Nerven brauchen Baldrian, ein Pflanzenprodukt von großer Heilwirkung gegen nervöse Störungen, Erregungen, Schlaflosigkeit, Schwindelanfälle, Beklemmungen. Fl. M. 1.50 u. 2.50, in Drogerie und Apoth., sonst durch Otto Reichel, Berlin 43 30, Eisenbahnstr. 4.

Gesamtverband fordert Lohnzulage

Für alle städtischen Werke und Verkehrsbetriebe.

Die Ortsverwaltung des Gesamtverbandes hat die Tarifverträge für die sogenannten Kammerearbeiter der Stadt Berlin, die Arbeiter der städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, der Verkehrs- u. G. und der Gasbetriebsgesellschaft zum 31. März gekündigt.

Der Grund dieser Kündigungen ist die seit dem letzten Tarifabschluss eingetretene Verteuerung der Lebenshaltung, die vor allem auf die Erhöhung der Berufs- und Verkehrsstarife zurückzuführen ist. Die Organisation hat sich zum Ziel gesetzt, bei dem Neuabschluss der Tarife eine den verteuerten Lebensverhältnissen entsprechende Lohnerhöhung durchzusetzen.

Die große Tarifkommission des Gesamtverbandes hat sich in ihrer Sitzung am Montag eingehend mit der Aufstellung der Lohn-

forderungen beschäftigt und gegen wenige Stimmen beschlossen, für die Arbeiter in allen städtischen Betrieben und Werken eine generelle Zulage von 10 Pf. je Stunde zu fordern. Die Forderungen sind der Stadt Berlin und den Direktionen der Werke bereits übermittelt worden. Verhandlungstermine sind noch nicht festgesetzt worden.

Die Berliner Ortsverwaltung des Gesamtverbandes steht vor der Forderung einer Lohnbewegung, zu deren Gelingen, besonders im Hinblick auf die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse, das einheitliche Zusammenstehen aller in den städtischen Betrieben und Werken Beschäftigten erforderlich ist. Es versteht sich von selbst, daß dabei die KPD. verfehlt, Verwirrung und Mißtrauen zu stiften und die Aktion zu erschweren. Die Arbeiterschaft wird diesen Schädlingen der Arbeiterbewegung den Rücken lehren und sich um so fester um ihre Organisation, den Gesamtverband scharen.

Moldenhauer als Weichensteller.

Haltesignal zur Herbeiführung einer Katastrophe.

Also nun weiß man es, wie die Deutsche Volkspartei die Wirtschaftskrise meistern will. Beratungskommission und Privatbanken droffen den Gemeinden den Kredit. Folge: Stilllegung umfangreicher Arbeiten, Entlassung von Zehntausenden, Belastung der Reichsanstalt. Was tut Herr Moldenhauer? Er will auch die Arbeitslosenversicherung „unter den stärksten finanziellen Druck“ stellen, damit „Reformen erzwungen“, d. h. die Unterstützungen abgebaut werden. Er will ein „Haltesignal für die Ausgaben aufrichten“.

Nicht etwa dadurch, daß er gegen die Politik der Beratungskommission und der Privatbanken einschreitet, um die Reichsanstalt zu entlasten, sondern indem er gegen den entlassenen Arbeiter und Angestellten die Unterstützung sperrt oder kürzt.

Reichsbahn und Reichspost treiben eine Politik, die, gelinde ausgedrückt, die Politik der Reichsregierung durchkreuzt. Folge: Auftragsperre, Stilllegungen, Entlassungen, Belastung der Reichsanstalt.

Was tut der Reichsfinanzminister? Er errichtet gegen die Unterstützung der Entlassenen ein Haltesignal... Wir wollen nicht behaupten, daß Herr Moldenhauer eine Katastrophe herbeiführen will. Aber wenn er es wollte, könnte er als Weichensteller der öffentlichen Finanzen nicht anders handeln.

Die Reichsanstalt als Lohndrücker.

Es ist höchste Zeit, daß der Stempel auf drückt.

Wir haben wiederholt auf die skandalösen Zustände hingewiesen, unter denen ein großer Teil, wenn nicht die große Mehrheit der Berliner Arbeitsamtsangehörigen ihre Arbeit verrichten müssen. In Räumen, teilweise ohne jede Ventilation, selbst ohne Lüftungsmöglichkeit, müssen diese Angestellten ihren aufreibenden Dienst versehen. Es wäre zu erwarten, daß die Reichsanstalt zum mindesten bei der Eingruppierung bzw. Bezahlung der Arbeitsamtsangehörigen sich ihrer Pflichten erinnert.

Wir haben am Sonntag die Mitteilung gedruckt, daß Verhandlungen stattgefunden haben zwischen der Hauptverwaltung der Reichsanstalt und dem Vorsitzenden der Berliner Arbeitsämter, um die Differenzen wegzuräumen, die bezüglich der Eingruppierung

Der Haushalt der Reichsanstalt.

Das voraussichtliche Defizit.

Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung verabschiedete am Mittwoch den Haushalt der Reichsanstalt für das Rechnungsjahr 1930. Die unübersichtliche Lage des Arbeitsmarktes bereitet die Aufstellung des Haushalts große Schwierigkeiten. Die Einnahmen aus Beiträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer wurden auf der Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen auf 920 Millionen Mark festgesetzt. Im Hinblick auf die schwebenden Verhandlungen der gegenseitigen Körperschaften wurde mitgeteilt, daß die Erhebung eines Beitragssatzes von 3 1/2 Proz. für das ganze Rechnungsjahr einen Beitragseingang von etwa 1.015 Millionen Reichsmark, von 3 1/2 Proz. einen Beitragseingang von 1.087 Millionen Reichsmark und von 4 Proz. einen Beitragseingang von 1.160 Millionen Reichsmark bedeuten würde.

Bei der zugrunde gelegten Durchschnittsziffer von 1,2 Millionen Unterstützungsempfänger ergeben sich Gesamtausgaben von rund 1.266 Mill. M. Von diesem Gesamtbetrag entfallen allein auf die Unterstützungsbeträge für 1,2 Millionen Hauptunterstützungsempfänger und ihre Familienmitglieder, deren Zahl wohl nahezu ebenso hoch ist sowie auf die Krankenversicherung der Arbeitslosen 1.094 Mill. M. Der Rest von 172 Mill. M. entfällt auf die Aufwendungen der Arbeitsvermittlung und Berufsberatung, auf die Beiträge der Reichsanstalt zur wertschöpfenden Arbeitslosenfürsorge, auf die Aufwendungen für die Kurzarbeiterunterstützung, auf Maßnahmen zur Verhütung und Beendigung der Arbeitslosigkeit, schließlich auf die allgemeine Verwaltung und die Vergütung an die Einzugsstellen (Krankenkassen).

Da Einnahmen und Ausgaben bei der zu erwartenden hohen Zahl von Arbeitslosen nicht zum Ausgleich kommen, mußte auch für das Jahr 1930 die Inanspruchnahme von Reichsmitteln zur Deckung des Fehlbetrages in Aussicht genommen werden.

Der Gesamthaushalt erhöht sich sowohl auf der Einnahme- wie auf der Ausgabe Seite um rund 243 Mill. M. durch laufende Mittel, die im Reichshaushalt für die Krisenfürsorge und zu Darlehen für die wertschöpfende Arbeitslosenfürsorge vorgesehen sind.

Der todbringende Eisbär.

Das Tier wurde aus einer Menagerie für 300 Mark an Restaurateur verkauft.

Stuttgart, 26. März.

Die Meldung, daß das Fleisch des Bären, das die Stuttgarter Trichinose-Epidemie verursachte, von einer Mannheimer Kebaberei in den Handel gebracht wurde, ist, wie bereits gemeldet, unrichtig. Der Bär stammt vielmehr aus der Menagerie Marco, einem kleinen Kesselfabrikanten, der in Mannheim überwintert hatte und vor der Auflösung stand, da sich das Unternehmen nicht rentierte. Sämtliche Tiere, darunter auch der kleine drei Jahre alte Eisbär, sei einer Reihe von deutschen Tiergartenbesitzern und Zirkusunternehmungen angeboten worden. Der Inhaber der Stuttgarter Tiergartens, Doggenburg, dem der Eisbär ebenfalls angeboten war, hatte im Januar den Zirkus Marco befristet und dabei auch den Eisbär in Augenschein genommen. Da dem Tier aber ein Auge fehlte (der Bär soll es bei einer Dressurübung eingebüßt haben), kam es für ihn nicht in Frage. Bei seiner Rückkehr nach Stuttgart fragte der Stuttgarter Tiergartenbesitzer den ihm befreundeten Wirt des „Königshofes“, ob er nicht Lust hätte, den Bären, den man um billiges Geld für 300 Mark bekommen könne, zu kaufen und für sein Restaurant auszukücheln. Der Wirt ging sofort auf den Vorschlag ein und beauftragte den Tiergartenbesitzer, den Bären bei seinem nächsten Besuch in Mannheim zu erwerben. Am 21. Januar fuhr der Tiergartenbesitzer mit zwei Stuttgarter Jägern nach Mannheim, wo sie den Bären im Besitz eines Postjägermeisters erschossen. Der Bär soll lebend einen vollständig gesunden Eindruck gemacht und ausgekostet Fleisch wie das eines jungen Kalbes ausgeworfen haben. Er sei, wie der frühere Besitzer sagte, immer nur mit Reis, Brot und Milch gefüttert worden.

Ist Eisbärenfleisch ein Nahrungsmittel?

Wie vorausgesehen war, erweiterte sich der Todeskreis der unglücklichen Menschen, die in Stuttgart von dem unglücklicherweise zum Verzehr freigegebenen Eisbärenfleisch gegessen haben, ständig. Acht Tote sind bereits zu verzeichnen und niemand weiß zur Stunde, wieviel Todesopfer noch fallen werden.

Der Reichsverband Deutscher Kaufleute des Wild- und Geflügelhandels a. B. Berlin schreibt jetzt das Folgende:

Die behauerischen Vorkommnisse in Stuttgart haben vielfach beim Publikum irrige Ansichten über die Möglichkeit einer trichinösen Erkrankung nach dem Genuß von Wildbret hervorgerufen. Eisbären sind kein Artikel des Wildbretverkehrs. Im allgemeinen ist das Wildbret völlig trichinosefrei. Eine Ausnahme machen nur die Wildschweine, „Wesfreßer“, die deshalb auch genau so wie die zahmen Schweine einer strengen Fleischschau auf Trichinen unterliegen. Bei allen anderen in den Handel kommenden Wildarten, wie Rot-, Dam- und Rehwild, Hasen usw., kommen keine Trichinen vor, denn diese Wildarten sind ausschließlich Pflanzenfresser. Die Fleischschau bei diesen Wildarten ist daher unnötig, wohl aber unerlässlich das Wildbret einer strengen tierärztlichen Kontrolle, so daß kein Grund zu irgendwelcher Baumruhigung vorliegt. Der Stuttgarter Fall kann nicht verallgemeinert werden. Der Eisbär war in der Gefangenschaft und hat wahrscheinlich auch trichinöses Fleisch zu fressen bekommen. Wir können uns an keinen Fall erinnern, daß Eisbärenfleisch in Deutschland in den Handel gekommen ist. Lediglich aus diesem Grunde dürften auch die gesetzlichen Bestimmungen über die Trichinenschau bei Eisbären fehlen und auch tatsächlich unnötig sein, denn für jede überhaupt nur denkbare Möglichkeit einer Ausnahme können doch unmöglich gesetzliche Bestimmungen getroffen werden.

Das Fleisch dieses Eisbären ist in Ergänzung der oben wiedergegebenen Meldung gar keiner Gesundheitsbehörde

zur Untersuchung überwiesen worden. Der Wirt hat auf eigene Verantwortung und sträflich leichtsinnig gehandelt, als er das Fleisch ohne weiteres in seinem Betrieb verarbeitet.

Zuchthaus für die Rabeneltern.

Mildernde Umstände verfast.

Die Beweisaufnahme gegen das Ehepaar Julius und Johanna Schröder aus Blankenburg vor dem Schwurgericht III wegen Körperverletzung mit Todeserfolg, begangen an ihrem dreijährigen Kinde, gestaltete sich für die Angeklagten so ungünstig, daß Staatsanwaltshaftsrat Stenig je vier Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust beantragte. Das Urteil des Schwurgerichts lautete dahin, daß die Angeklagten gemeinschaftlich der fortgesetzten gefährlichen Körperverletzung mit Todeserfolg schuldig sind. Die Ehefrau Johanna Schröder wurde zu vier Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust, der Ehemann Julius Schröder zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Das Schwurgericht hat den Angeklagten angesichts der unmenslichen und brutalen Art und Weise, in der sie ihr eigenes Kind zu Tode mißhandelt haben, mildernde Umstände verlast.

Ueber die Höhe der Strafe soll in diesem Zusammenhang nichts gesagt werden. Die Tragik des Falles liegt aber noch ganz so anders. Die Kleine hatte es bei ihrer Pflegemutter wirklich gut. Das Kreisjugendamt drängte aber darauf, daß die Eltern das Kind zu sich nehmen. War es ihm nicht bekannt, wie ziellos sie sich der Kleinen gegenüber im Laufe der drei Jahre verhalten hatten? War es unter solchen Umständen nicht Pflicht des Jugendamtes, sich zu vergewissern, in welche Verhältnisse das Kind, das bis dahin eine sorgsame Pflege gehabt hatte, kommen würde? Hätte eine Fürsorgerin selbst nach Uebergabe des Kindes an die Eltern es nur einmal aufgesucht, so wäre es möglich gewesen, dem Unglück vorzubeugen. Eine nur oberflächliche Umfrage bei den Nachbarn hätte das Martyrium des Kindes einhüllt.

Das Grab in der Pälinger Heide.

Letzttermin im Jakubowski-Prozess.

Am Mittwoch morgen begann im Dorfe Pälingen die Inaugurationsfeier des Schwurgerichts Kaufmann im Nordprozess Jakubowski. Es wurde versucht, die damaligen Vorgänge zu rekonstruieren. Der Zeuge Schade erklärte, er wisse nicht mehr, ob Jakubowski oder Bäder die Leiche gutt habe. „Wenn das nicht zutrifft, dann trinkt mir einen.“ August Rogens sollte dann den Weg zeigen, den er nach seinem früheren Geständnis mit dem toten Oswald zurückgelegt habe, um Fritz das Kind zu übergeben. Er sollte dabei eine Puppe in der Größe eines kleinen Kindes in den Arm nehmen. Er lehnte dies jedoch entschieden ab. Fritz Rogens nahm erst nach längerem Zögern die Puppe, betonte aber ausdrücklich, daß er nur sein früheres Geständnis illustrieren wolle, und trug sie zu dem bekannten Ranienloch, dem Grab des kleinen Oswald in der Pälinger Heide.

Am Nachmittag verhandelte das Gericht im Schulhaus zu Pälingen weiter. Dabei werden verschiedene Zeugen vernommen, unter ihnen auch Gertrud Rogens, die zur Zeit der Tat noch ein neunjähriges Mädchen war. Oberstaatsanwalt Dr. Weber macht darauf aufmerksam, daß diese Zeugin so viel hin und her geredet habe, daß es besser sei, auf sie zu verzichten. Auch Gertrud Rogens selbst erklärt: Das Meiste weiß ich nicht mehr. Am liebsten würde

ich nicht ausagen. Auch der Vorsitzende macht die Zeugin auf ihr Zeugnisverweigerungsrecht als Schwester des Angeklagten aufmerksam und bittet sie darauf ihre Aussage. Frau Röhler allerdings erklärt: Ich möchte sie doch fragen, ob sie weiß, daß Kreuzfeld mich zweimal mit Totschlag bedroht hat. Die Prozessbeteiligten sind jedoch damit einverstanden, daß diese Bedrohungen als wahr unterstellt werden. Auf die Aussage der Gertrud Rogens kann also verzichtet werden.

Der Zeuge Kurjahn kennt Jakubowski gut und schildert ihn als einen gefälligen freundlichen Menschen, der tüchtig arbeitete und jedem gern einen Gefallen tat.

Die Aprilmiete in Berlin.

Um Zweifel zu beheben, wird darauf hingewiesen, daß zu unterscheiden ist zwischen der gesetzlichen Miete und dem Mietzins, der in Berlin zu entrichten ist. Die gesetzliche Miete beträgt ab 1. April entsprechend der preussischen Verordnung vom 14. April 1928 121 Prozent. Sofern der Mieter die Schönheitsreparaturen selbst übernimmt, sind 117 Prozent zu zahlen.

Für Berlin tritt hierzu noch wie bisher eine Umlage von 100 Proz. als Gemeindegutzins zur staatlichen Grundvermögenssteuer.

Magistrat gegen Selbstverwaltungsgefeß.

Protest beim Staatsrat.

Der Berliner Magistrat hat die Entschließung der Stadtverordnetenversammlung zum Entwurf eines „Selbstverwaltungsgefeßes für die Hauptstadt Berlin“ dem Staatsrat weitergeleitet und Protest dagegen erhoben, daß dieser Entwurf vor Entscheidung über die Städteordnung (Gesetz über die kommunale Selbstverwaltung) verabschiedet wird.

Die Rettungsat im Tiergarten.

Wir erfahren zu dem Rettungswert an der Lichtensteinbrücke am Landwehrkanal, bei der drei Männer ins Wasser sprangen, um ein Menschenleben zu retten, noch folgende Einzelheiten:

Es war gegen 1/10 Uhr, als die 14jährige Frau Antonia Blumerius aus der Pariser Straße in Wilmersdorf von der Lichtensteinbrücke aus in den Landwehrkanal sprang. Um die Morgenstunden befinden sich gerade in dieser Gegend zahlreiche Reiter. Als erster bemerkte der ehemalige Bürgermeister Dr. Karzecki, was geschehen war. Er sprang vom Pferde und der Lebensmühen nach ins Wasser. Ihm folgte der Belehshaber des Westkreises III der Reichswehr, Generalmajor Joachim von Stülpnagel. Als dritter ging der Chauffeur Willi Hahn aus der Reichstraße 10 Umeu nach. Geistesgegenwärtig hatte er als erster den Rettungswert erfasst und mitgenommen. Den drei Männern gelang es, die Frau aus dem Wasser zu bringen. Die Rettung war deshalb besonders schwierig, weil die Lebensmüde Frau den heftigsten Widerstand leistete.

Der Tod in der Waschküche.

Auf schreckliche Weise kam gestern der dreijährige Günther Bittow ums Leben. Das Kind sah der Mutter beim Waschen zu. In einem unbeobachteten Augenblick machte sich der Kleine an einem Foker, in dem kochend heißes Wasser sich befand, zu schaffen und stürzte hinein. Das Kind wurde mit schweren Verbrühungen ins Urbanrankenhaus gebracht, wo es bald nach seiner Einlieferung starb.

Aluixio Azevedo
 73) **Ein brasilianisches Mietshaus**

(Schluß.)
 „Mio los, gehen wir. Es muß bald Zeit sein.“
 „Wie spät ist es denn?“
 „Halb vier.“
 „Ja, dann ist es besser, wir gehen.“
 Sie gingen ein paar Schritte zurück und warteten bei Boncalves Dias auf die Trambahn. Botelho wollte schnell noch einen Schluck Wasser trinken, aber im Kaffeehaus entschied er sich anders und bestellte Kognak.
 „Sie brauchen wirklich kein Wort zu sagen“, redete er seinem Begleiter zu. „Sie brauchen sich nur so zu benehmen, als ginge Sie die Sache nichts an.“
 „Aber wenn nur ihr Herr will, daß ich für die ganze Zeit, wo sie bei mir gelebt hat, eine Buße zahle?“ fragte Joao Romao, und seine Miene verdüsterte sich.
 „Aber wie ist denn das möglich, mein Sohn, wo Sie sie doch niemals von jemand gemietet haben? Sie wußten eben nicht, daß sie Sklavin war, als sie zu Ihnen kam und um Kost und Logis arbeiten wollte. Sie glaubten natürlich, sie sei frei. Jetzt, wo ihr Herr erschein und sie zurückfordert, liefern Sie sie aus, weil Sie ein anständiger Mensch sind und nicht daran denken, zu behalten, was einem anderen gehört. Sie kann natürlich für ihre Arbeit Lohn fordern, und Sie können ihr ja auch etwas mitgeben, um zu zeigen, daß Sie großmütig sind und sie gut behandeln wollen.“
 „Wieviel soll ich ihr wohl geben?“
 „Ach, fünfhundert Miteis, das ist anständig.“
 „Schön, das soll sie haben.“
 „Abgemacht. Andere Schwierigkeiten wird es nicht geben. Sie werden sehen, wie sich Mirandas freuen werden.“
 Die Trambahn kam, und sie sprangen auf und suchten sich Plätze, aber der Wagen war voll, so daß sie nicht zusammenfahren und sich also auf dem Wege nach Botafogo nicht unterhalten konnten. Am Carioca Platz fuhren sie an einer luxuriösen Equipage vorbei, und Botelho sah sich mit neugierigem Blick nach dem Budiler um. In dem Wagen saß Raminha, reich mit Juwelen geschmückt, und neben ihr

Henrique, beide waren äußerst vergnügt und schienen sich glänzend zu amüsieren. Der junge Mann stand jetzt im achten Semester seiner medizinischen Karriere und hatte sich von Mirandas Fesseln befreit, er lebte jetzt mit den Söhnen anderer reicher Leute zusammen und nahm an dem wilden Nachtleben der Weltstadt teil.
 Als sie nach Hause kamen, bestand Joao Romao darauf, daß sein alter Freund mit eintrat und sich einen Augenblick bei ihm ausruhte; denn er brauchte moralischen Halt.
 Ein Angestellter trat ein und stellte respektvoll einige geschäftliche Fragen. Die Antworten des Chefs waren kurz und bündig, wie es einem großen Kapitalisten geziemt. Dann fragte er seinerseits, ob sich während seiner Abwesenheit etwas ereignet hätte. Da die Antwort negativ ausfiel, nahm er Botelhos Arm, führte ihn die Treppe hinauf und forderte den alten Schmaroker auf, zum Essen dazubleiben. Er brauchte ihm nicht lange zuzureden; der alte Mann war bereits gewöhnt, am Tisch des Budilers zu speisen. Das Mahl verlief trüblich. Beide waren außerordentlich nervös, und die Suppe war kaum abgeräumt worden, als sich Joao Romao schon den Nachtisch kommen ließ. Sie schlürften gerade ihren Kaffee, als ein Diener eintrat, um zu melden, daß ein Herr, begleitet von zwei Polizisten, unten sei und Joao Romao zu sprechen wünsche.
 „Ich komme gleich“, erwiderte er und setzte seine Tasse starrend nieder. Er sah seinen Freund an, und es bedurfte keiner Worte. Beide eilten nach unten.
 „Wer wünscht mich zu sprechen?“ fragte Joao Romao unschuldig, als er den Boden betrat.
 Ein großer Mann, offenbar vom Lande, trat vor und reichte ihm ein Blatt Papier. Das las sich der Budiler langsam mit zitternden Händen durch. Es war mäusehähnlich im Raum; die Angestellten hielten mit ihren Arbeiten inne und sahen neugierig zu.
 „Ja, es stimmt, sie ist hier“, erklärte er endlich und gab dem Fremden den Bogen Papier zurück. „Aber ich glaube, sie sei tot.“
 „Nein, sie ist meine Sklavin“, versicherte der andere.
 „Sind Sie bereit, sie auszuliefern?“
 „Wuß es gleich sein?“ fragte der Budiler.
 „Wo ist sie?“ fragte der andere mißtrauisch.
 „Sie wird wohl in der Küche sein. Bitte, treten Sie nur ein, wenn Sie wollen.“
 Der Fremde machte den Polizisten ein Zeichen, ihm zu folgen, und sie gingen, von Botelho geführt, in die hinteren

Räume. Joao Romao, sehr blaß und die Hände nervös auf dem Rücken gefaltet, lief hinterher. Sie gingen durch den Boden, kamen auf einen kurzen Korridor und betraten den kleinen gepflasterten „Patio“, an dem die Küche lag. Botelho bereicherte gerade das Essen für die Angestellten, hatte auf dem Boden und nahm Fische aus.
 Sie erkannte den ältesten Sohn ihres früheren Herrn augenblicklich, und ihr Herz erstarrte zu Eis. Auf einmal war ihr alles klar, und bevor noch ein Wort gesprochen wurde, wußte sie Bescheid. Sie begriff, daß sie verloren war, daß ihre Freiheit nichts war als eine graulame Poffe, und daß ihr Liebhaber sie in die Gefangenschaft zurückzuführen wollte, da er nicht den Mut hatte, sie zu töten.
 Ihr erster Impuls war, zu fliehen. Aber sie standen zwischen ihr und der Tür, und es war unmöglich, zu entkommen. Der Fremde trat näher und packte sie an der Schulter.
 „Das ist sie“, bemerkte er zu den Schutzleuten. „Nehmt sie fest — sie ist meine Sklavin.“
 Die Regerin blieb unbeweglich; eine Hand stemmte sie auf den Fußboden, und die andere hielt das lange scharfe Messer, das sie bei der Arbeit benutzte. Als die Polizisten sahen, daß sie keinerlei Anstalten machte, aufzustehen, traten sie ein paar Schritte vor und wollten sie miterschleppen. Die Augen der Frau bligten auf, und mit einem plötzlichen Entschluß sprang sie in die Höhe. Die geübte Hand, die eine Million Fische aufgeschlicht hatte, verlagte nicht. Sie riß ihren leichten Rock hoch, machte eine rasche Bewegung mit dem langen Messer und schlug sich den Unterleib von einer Seite zur anderen auf. Ohne einen Laut sank sie zu Boden, und ihre glühenden Augen waren auf das abschafte Gesicht Joao Romaos geheftet.
 Der Budiler war in den dunkelsten Winkel seines Büros geflohen und wuschte sich mit zitternden Händen den kalten Schweiß von der Stirn. Ein Wagen fuhr vorn vor, und drei Herren in Gehrocken und Seidenhüten stiegen aus. Ein Angestellter kam und meldete seinem Chef, es sei Besuch da, worauf eine heisere Stimme anordnete, die Herren nach oben in den Salon zu führen.
 Er riß sich zusammen und ging hinaus, um seine Gäste zu empfangen. Es war eine Abordnung, die gekommen war, um ihm eine Urkunde zu überreichen: Joao Romao war lebenslangliches Mitglied der Gesellschaft zur Aufhebung des Sklavenhandels geworden.

Neuordnung der Familie.

Im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht sprach Hermann Harlek, der Gründer und Leiter des Landeserziehungsamtes „Schloß Marquartstein“ in Oberbayern über die „Krisis in der Jugend der deutschen Bildungsschichten“. Seine Ausführungen gewinnen durch ihre allgemeingültige Bedeutung auch für uns an Interesse.

Die eintreffende Gegenüberstellung der Einordnung des Kindes in die Gesellschaft heute und vor drei Generationen zeigt das Problem als einen Teil der gesellschaftlichen Krise auf. Die alten Bindungen sind vernichtet, Stand und Familie sind aufgelöst. Das Kind, früher wohlgeborgen im Schutze der Familie, ist heute den Spannungen des gesellschaftlichen Lebens gleichgesetzt wie die Erwachsenden ausgelegt. Allein, ganz auf sich gestellt und ohne Stütze, betritt das Kind erst in der Schule, und besonders in der arbeitsgemeinschaftlichen Grundschule, einen Lebenskreis. Jedoch der Uebergang zur höheren Schule wird zum Verhängnis. Der strenge Schulbetrieb mit dem gehäuften Unterrichtsstoff wirkt zerstückelnd, und gerade die kritischen, schöpferisch-beraumten bleiben zurück gegenüber den schnell lertigen Oberflächensensitiven. Häufig genug sind Schule und Lehrer nicht Mittler zwischen Jugend und Bildungswelt, sondern Arbeitsplatten, die beide räumlich trennen. So ist es kein Wunder, wenn die Erziehungsprodukte eine Lebens- und Sinnsaufassung haben, die sich in den Vorstellungen von Auto, Reisen, möglichst rasch und viel Geschönderten und Vorwärtkommen erschöpft. Da sie kein Kollektivegefühl erleben, kennen sie nur das Individualgute. Doch die Reaktion blickt nicht aus. Die radikalen postfiskalen Jugendverbände bieten alles, was sie suchen: Glaube, Liebe, Hoffnung, Macht, Sinnhaftigkeit, Führung und Genossenschaft. Doch die Träume in erreichbarer Nähe scheitern, nach ihrer Unertüchlichkeit enttäuscht. Aber aus dieser Ernüchterung muß das große Leben kommen. Eine Lösung der Krisis sieht Harlek besonders in einer Neuordnung der Familie, die den Jugendlichen als Einzelpersonlichkeit gelten soll, und einer Umbildung der Schulen in Kollektivgebilde. Notwendig vor allem sei jedoch ein neues Weltgefühl, das nicht nach Parteistellung, sondern nach Bestimmung fragt. Die erste Forderung allen Beginns soll sein: Nichts gegen die Jugend, sondern Hand in Hand mit ihr.

Hütet euch vor D 1528394!

Falsche Zehnmarkscheine. — 3000 Mark Belohnung!

Seit einiger Zeit tauchen wieder in vermehrtem Umfange falsche Reichsbanknoten zu 10 M. auf. In Berlin sind bisher zwar eine Anzahl dieser Fälschungen bemerkt worden, doch scheint das Hauptverbreitungsgebiet der Betrüger sich über Westfalen, das Rheinland, Hannover und Sachsen zu erstrecken. Die falschen Banknoten haben eine Reihe von Kennzeichen, die bei aufmerksamer Betrachtung deutlich sichtbar sind. Auf der Vorderseite der Banknote ist der Männerkopf im Gegenfah zu den achtzehn Stücken nachlässig und schlecht ausgeführt, die Gesichtszüge des Männerbildnisses wirken undeutlich und zeigen einen starren Blick. Von noch größerer Wichtigkeit ist aber das zweite Kennzeichen, ebenfalls auf der Vorderseite. Dort steht das Wort „Reichsbankdirektorium“. Dieses Wort hat der Fälscher falsch gesetzt, und zwar so, daß das u umgekehrt wie ein n erscheint. Das ganze Wort lautet auf den falschen Noten also nicht Reichsbankdirektorium, sondern Reichsbankdirektorin. Die bisher zur Ausgabe gelangten Fälschungen tragen alle die gleiche Nummer, nämlich D 1528394. Bisher ist es noch nicht gelungen, festzustellen, wo der Ausgangspunkt bzw. die Werkstatt der Fälschungen zu suchen ist. Für Mitteilungen aus dem Publikum, die nach dieser Richtung zur Aufklärung beitragen können, hat die Reichsbank eine Belohnung von 3000 M. zugesichert. In Berlin werden Mitteilungen, die auf Wunsch vertraulich behandelt werden, an Kriminalkommissar von Liebermann, Reichsbankfalschgedruckt, in der Alten Leipziger Straße 16, erbeten.

Gegen die Drofflung der Kulturausgaben.

Der Deutsche Lehrerverein und der Lehrerverband n vonhalteten eine Kundgebung „Gegen die Drofflung der Kulturausgaben“. Der Vorsitzende des Deutschen Lehrervereins, Schulrat Wolff, begrüßte Vertreter der Schulverwaltung und Parlamentarier und wies auf die die Schule bedrohenden Sparmaßnahmen hin. Die Not der Zeit lege uns die Pflicht der Sparsamkeit auf. Aber so wie die Eltern auch in dieser Zeit an den Kosten für die Ausbildung ihrer Kinder nicht sparen, so müßten auch Staat und Gemeinden weiterhin dafür Opfer bringen.

In einer Entschließung heißt es, der Deutsche Lehrerverein verfolge nicht, daß die schonere wirtschaftliche Not Deutschlands zu erhöhter Sparsamkeit in den öffentlichen Haushalten zwinge. Sparmaßnahmen aber, die die Bildungshöhe des deutschen Volkes mindern und damit seine zukünftige Leistungsfähigkeit gefährden, verdienen scharfe Zurückweisung. Die Heraushebung der Klassenheftungssätze, die Kürzung der Mittel für Schulbauten, Lehr- und Lernmittel, Arbeitsübungen, die Erhöhung des Schulgeldes, der Lehrerbau, die Verschlechterung der Lehrerbildung, die Verkürzung der Wartezeit der Junglehrer gestatten keinen zeitweiligen Ausbau des Unterrichtes.

Kommunistische Schulfreizeitpropaganda in Neuföln.

Seit einigen Tagen sind die Kommunisten bemüht, in der Neufölnener Elternschaft Stimmung für einen Schulfreizeit zu erzeugen. In ihren Flugblättern und in Elternversammlungen lassen sie aber nicht klar erkennen, daß nur die kommunistische Partei hinter diesem Schulfreizeit steht. Den Grund für diesen Schulfreizeit sollen die Sparmaßnahmen des Berliner Magistrats bieten. Die Sozialdemokratische Partei fordert die Elternschaft auf, diesem törichtem kommunistischen Manöver entgegenzutreten und sich unter keinen Umständen zu derartigen planlosen Aktionen verleiten zu lassen.

Den Schwanf: „Der wahre Jakob“, von Arnold und Bach, bringt jetzt das Casino-Theater zur Aufführung. In Weichenbach lebt, glücklich zum zweiten Male verheiratet, Stadtrat Peter Struwe, Vorsitzender diverser Stilllebensvereine. Struwe ist in Weichenbach die Sittlichkeit selbst, entwirft sich über „unzüchtige“ Bilder, so auch über ein Photo der Berliner Tänzerin Inette. Der „Schein-Biedere“ ahnt nicht, daß Inette — doch das soll nicht verwertet werden. Unzufällig eines Stilllebenskongresses geht Struwe nach Berlin, schwängt den Kongress und staltet dafür Inette einen Besuch ab. Er ist verliebt, so verliebt, daß er die Tänzerin nach Weichenbach einlädt. Inette kommt zum größten Schaden Struwes der Einladung wirklich nach und es ergeben sich so urkomische Situationen, daß das Haus vom Lachen dröhnt. Für eine neue Aufführung sind alle bereit: Erwald Fister als Stadtrat, Frieda Weller als Tänzerin Inette und Franz Blich als tugendhafter Schwager Struwes. Auch die Nebenrollen sind gut verteilt: Hans Berg als Buchhändler, Adolf Hillebrandt als alter abgefallener Graf, Emmy Bonet als Struwes Frau und Helmi Ligel als Struwes Tochter aus erster Ehe. Der launige Schwanf, der ein Kampftum gegen das Ruckertum ist, dürfte hier noch viele Aufführungen erleben!

Um 750 000 M. geschädigt.

Strafverfahren wegen Steuerbetruges gegen einen Berliner Finanzmann.

Bei der Staatsanwaltschaft I schwebt, wie erst jetzt bekannt wird, seit etwa vier Wochen ein Verfahren gegen den Berliner Finanzmann Hermann Storn in der Kaiserallee. Gegen St., der Besitzer von mehr als 20 Häusern in den verschiedensten Teilen Berlins ist, wurde von der preussischen Bau- und Finanzdirektion Strafanzeige wegen Steuerbetruges erstattet, und zwar auf Grund des dringenden Verdachtes, daß Storn mit Hilfe gefälschter Dokumente sich zu Unrecht Ermäßigungen von der Hauszinssteuer habe gewähren lassen und so dem Steuerfiskus einen Schaden zugefügt habe, der vorläufig auf annähernd 7/8 Millionen Mark berechnet wird. Die Staatsanwaltschaft hat nach längerer Ermittlungen nunmehr die Voruntersuchung gegen St. eröffnet. Wir erfahren über diese Angelegenheit folgende Einzelheiten:

Storn, der noch nicht lange deutscher Staatsangehöriger sein soll, wurde in Berlin vor allem durch seine umfangreichen Häuserkäufe bekannt. Seinen Grundbesitz beh er in verschiedenen Ausmaßen besaß und hatte infolgedessen häufig mit den verschiedenen Katasterämtern der in Frage kommenden Stadtbezirke zu tun. Nun besteht bekanntlich eine Bestimmung, wonach Häuser, die vor einem gewissen Stichtag des Jahres 1924 bereits erheblich belastet waren, Ermäßigungen von der Hauszinssteuer genießen. Den Katasterämtern fiel es nun vor etwa einem Jahr schon auf, daß von Storn immer wieder derartige Anträge auf Ermäßigung der Hauszinssteuer gestellt und anscheinend von einer untergeordneten Stelle mit ungenügendem Nachdruck bearbeitet wurden. Man schöpfte Verdacht, daß hier nicht alles mit rechten Dingen zugehe und unterzog die eingereichten Belege, durch die St. die Befreiung

der betreffenden Grundstücke vor dem erwähnten Stichtag nachweisen wollte, einer sorgfältigen Prüfung. In einer Reihe von Fällen handelte es sich dabei um Schuldscheine, die von einem Rotar in Amsterdam beglaubigt waren, die aber auf Grund bestimmter Anzeichen den Verdacht erweckten, daß sie zu Unrecht zurückdatiert waren, um die Befreiung vor dem Stichtag glaubhaft zu machen. Etwa ein halbes Jahr hindurch stellte man in aller Stille weitere Beobachtungen an und erstellte dann Meldung bei der vorgesetzten Behörde, der preussischen Bau- und Finanzdirektion, die zunächst die Hilfe der Kriminalpolizei zu weiteren Ermittlungen in Anspruch nahm, die sich wegen der Zerspaltung des Katasterwesens in Berlin sehr zeitraubend gestalteten. Auf Grund der dabei getroffenen Feststellungen wurde dann die Strafanzeige gegen Storn erstattet. Für den Fall, daß die erhobenen Schuldscheine gegen den Finanzmann zuträfen, hätte Storn zu Unrecht Ermäßigungen von der Hauszinssteuer in Höhe von etwa 750 000 Mark erhalten, den Steuerfiskus also um diese Summe geschädigt. Es hat den Anschein, als ob, wie schon oben angedeutet, diese Manipulationen nicht ganz ohne Begünstigung durch einen mit diesen Dingen beschäftigten untergeordneten Beamten vonstatten gegangen sind. Auch in dieser Richtung sollen bereits Ermittlungen im Gange sein. Ebenso dürfte die Rolle des in die Angelegenheit verwickelten Amsterdamer Rotars noch näher untersucht werden, gegen dessen Gültigkeit bei der Beurteilung einer Reihe von Schulddokumenten verschiedene Umstände sprechen. In diesem Zusammenhang sei an die Tatsache erinnert, daß schon einmal gegen einen Amsterdamer Rotar ähnliche Vorwürfe in der Kriegsentscheidungsphase erhoben worden sind.

Das Experiment Marconis.

Knopdruck in Italien entzündet 3000 Lampen in Australien Sydney, 26. März.

Das Experiment Marconis, die Lampen der elektrischen Auslösung in der australischen Hauptstadt Sydney von seiner vor Genua liegenden Insel Cetta aus anzuzünden, ist vollkommen gelungen. Die von der Cetta ausgehenden Wellen wurden in Dordrecht aufgefangen und von Genua drahtlos nach Australien übertragen. Sie wurden in Victoria aufgenommen und nach dem Rathaus von Sydney weitergeleitet, wo die 3000 elektrischen Lampen hell aufblitzten. Mehrere Journalisten trafen von Marconis Insel mit Kollegen in Sydney in Verbindung.

Die Arbeit von 40 Milliarden Bienen.

Der „Reichsverein Volksernährung“ hatte zu einer Vortragsreihe über Honig und Roggenbrot eingeladen.

Professor Dr. Koch, Direktor des Instituts für Bienenkunde in Celle, sprach über die „Biologie des Honigs und seine Bedeutung für die Ernährung des Menschen“. Der Honig gilt von altersher als hervorragendes Nahrungsmittel, Genuss- und Heilmittel. In Krankheitsfällen wird er zweckmäßig zur Bereicherung der Kost verwendet. Seine Geruchs- und Genußstoffe wirken anregend und erfrischend und gestalten die Kosternahrung abwechslungsreich. Bei Unterernährung, Genußmangel, werdenden und stillenden Müttern wirkt der Honig infolge seines Kalorienreichtums als Kräftigungsmittel. Der Honig ist leicht am Darm aufnehmbar. Deshalb ist er auch bei Magen- und Darmkrankheiten als Nahrungsmittel am Platze; denn er befähigt nicht den kranken Darm und führt gleichzeitig leicht ab. Da der Honig nicht die geringsten Rohstoffe enthält, außerdem frei von Kochsalz und Purinen ist, kommt er auch als geeignete Kost bei Nieren-, Herz- und Gallenleiden in Frage. Nur Zuckerkranke sollen den Honig meiden. — Abgeordneter Richöfel sprach über die „Bienenzucht in ihrer Bedeutung für die Land- und Volkswirtschaft“. Rund 40 Milliarden Bienen, zusammengesetzt in 1,7 Millionen Völkern und betreut von 150 000 Untern schaffen einen unmittelbaren Jahresertrag an Honig und Wachs von 35 Millionen Mark. Weltgrößer aber ist der mittelbare Wert, der in der Bienenzucht der Bienen bei der Befruchtung vieler landwirtschaftlicher und gärtnerischer Kulturpflanzen liegt. Der Fruchtansatz wird vornehmlich durch die Bienen begünstigt bei allen Obstbäumen und Beerensträuchern bei Ake, Luzerne, Cypripelle, Scrodessa, Bohnen, Weiden, Buchweizen, Raps und Senf, Wärdern, Zwiebeln und vielen Arzneipflanzen. — Diese große Bedeutung rechtfertigt auch den Einsatz einer stärkeren Staatshilfe.

Musizierende Jugend.

Der Hauptaufzug für Leibesübungen und Jugendpflege lud ein zu einem Jugend-Lhr-Konzert in die Singakademie am Kastanienwäldchen. Der Nachmittag war ein Erfolg. Mit Freude und Hingabe waren die jungen Menschen bei ihrer Aufgabe, und was sie den Hörern boten, war erstklassig. Es ist nicht möglich, jeden und alles zu erwähnen. Wir heben heraus die Teile aus dem Gdarr-Konzert von Johann Joachim Quantz, die Heinz Hoefs an der Flöte und Franz Jung am Klarinet, beide Studierende der Hochschule für Musik, vortrugen, und die Chor-

Funkwinkel.

Es sei besonders bemerkt, daß die Uebersetzung von Teilen aus Wedekinds Dramen in der Jugendstunde ein Fortschritt ist, besonders wenn man sich erinnert, daß noch kurz vor dem Kriege ein Wedekind-Drama selbst für Erwachsene einen Ausflug in anrüchliche Paradiese bedeutete. Vollkommen abzulehnen ist der Vortrag Ernst Jüngers über das Thema: „Die totale Mobilisierung“. Endlich wäre es an der Zeit, mit den Kriegsspielen in jeder Form Schluss zu machen. In einem sehr guten Orchesterkonzert singt der Boh Boris Borodin Operarien. Eine große, schöne und ausdrucksstarke Stimme ist leider nicht genügend geschult. Es folgt darauf Hermann Kellers Sendespiel „Strahlenmann“, vom Verfasser nach der gleichnamigen Novelle bearbeitet. Inhaltlich werden hübsche Dinge über die soziale und geistige Not der Gegenwart, über die qualvolle Existenzangst gesagt, über die Individualität, die hilflos in den Wirtschaftsmechanismus eingepannt sind. „Strahlenmann“ soll zu einem Symbol dieser nach dem Kampf um die Existenz Begehrten werden. Aber formal ist das Sendespiel nicht gelungen. Keller hat sich die Sache zu leicht gemacht.

F. Sch.

und Instrumentalgruppe der Berner-Siemens-Oberrealschule i. C. unter der Leitung von Richard Götze, der freilich im zweiten Teil des Programms etwas weniger freilebige hätte sein dürfen. Als Violinistin zeigte Fräulein Ruth Thiemig im D-moll-Konzert von Beethoven Beachtliches. Das Blasorchester des katholischen Jugend- und Jungmännervereins St. Thomas aus Berlin-Köpenick gab unter der Leitung von Oskar Koch zum Abschluß der wohlgeleitungen Nachmittagsveranstaltung den Triumphmarsch aus „Aida“, Beethovens Weimert aus Septet Op. 20 und Offenbachs Ouvertüre zur „Gräfin von Saffstein“. Ein begeistertes Publikum dankte den jungen Künstlerinnen und Künstlern stürmisch.

Brasilianische Revue in der Eldsburg. Ein Riesenaufgebot echter und falscher Exoten zeigt in einer eindrucksvollen hundert Revue verschiedenartigste künstlerische Leistungen. Im Vordergrund ist, wie immer, die Orchestertruppe, die in langen Reihen, abwechselnd: nicht tollkühner, mit viel Temperament in Stimme und Reizen, ihre Kunst zeigt. Dazwischen eingestreut sind Darbietungen der Primaballerina, einer glühenden Schöne, die gefährliche Liebesabenteuer mit ihren diversen Anbetern in männlich-tänzerischer und gesanglicher Form zu absolvieren hat; Grace Hogle ist ein tüfteliger Cowboy, der virtuos das Rollo mirt und nach der Schilde schießt. Sehr nett und wichtig die Hundebresuren des Groms Engen und, wenn auch etwas deplatziert, ein schüchler Komiker mit dem schlichten Pranterwig und komisch-nusselhafter Begabung. Die technische und künstlerische Ausstattung der Revue war reich und geländevoll.

Ueber den Zerfall des bürgerlichen Menschen (spricht Doktor H. O. Schmidt am Sonntag, dem 22. März, abends 8 Uhr, in der Aula des katholischen Prinz-Heinrich-Gymnasiums, Berlin-Schöneberg, Giesenerstraße 77.

Gesellig — Fröhlich — Nüchternes Beist. Im April beginnt neue Buchausgabe und Abende für Vorkamer und Fortschrittler bei Schloßpark 24, 26, Schloßpark, 16, Gartenhaus 3, 2, rechts, Untergrundbahn, Kottbuscher Platz. Anmeldungen — auch schriftlich — bis zum 1. April, täglich 17 bis 20 Uhr.

Allgemeine Wetterlage.



Eine Depression lag am Mittwoch über Skandinavien. In ihrer Südseite befand sich eine ziemlich kräftige Randströmung. Daher war das Wetter in ganz Deutschland trübe. Vielfach kam es in Norddeutschland auch zu leichten Regenschauern. Auf der Rückseite der Depression nahm das Wetter einen unbeständigen Charakter an. In den nächsten beiden Tagen dürfte aber das Wetter noch keine erhebliche Besserung erfahren, da südlich von Island bereits eine neue Depression aufgetaucht ist, die dann unser Wetter beeinflussen dürfte.

Wetterausichten für Berlin: Bedeckt bewölkt, in den Mittagsstunden Neigung zu einzelnen Schauern. Temperaturen wenig verändert. — Für Deutschland: Im Nordosten stark bewölkt mit zahlreichen Schauern und etwas niedrigen Temperaturen, im Südwesten Wetterbesserung mit Temperaturanstieg. In Mitteldeutschland veränderlich, vorwiegend Schauer, keine merkliche Temperaturerhöhung.

Branntweinpolitik auf Staatskosten

Der Geschäftsbericht der Reichsmonopolverwaltung. — Wann kommt die Reform?

Die Reichsmonopolverwaltung für Branntwein hat jetzt der Öffentlichkeit ihren Geschäftsbericht für das Wirtschaftsjahr 1928/29 übergeben. Der Bericht ist wiederum alles andere als erfreulich. An das Reich hat das Branntweinmonopol in diesem Jahre 227,7 Millionen Mark (im Vorjahre 264,7) abgeliefert, jedoch entfallen hiervon 326,3 Millionen auf die Hektoliterentnahme, die übrigen Einnahmequellen der Monopolverwaltung aus dem Branntweinaufschlag und dem Monopolausgleich in Höhe von 27,2 Millionen sind ebenso wie die sonstigen über die Hektoliterentnahme hinausgehenden Einkünfte des Branntweinmonopols fast restlos für die noch immer fortgeführte Verlustwirtschaft der Branntweinmonopolverwaltung verausgabt.

Während der Trinkbranntweinabsatz, der Essigbranntweinabsatz und der Verkauf zum besonders ermäßigten Verkaufspreis, d. h. die drei Absatzweige, die gewinnbringend sind oder zum mindesten die Branntweineinkaufskosten der Monopolverwaltung decken, sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert haben, hat sich der Absatz zum allgemein ermäßigten Verkaufspreis, d. h. insbesondere für technische Zwecke, um rund 180 000 Hektoliter gesteigert. Da bei jedem Hektoliter dieses für technische Zwecke verkauften Branntweins rund 45 M. aus den sonstigen Einnahmen der Monopolverwaltung zugeföhrt werden müssen, hat die Monopolverwaltung im vergangenen Jahre wiederum zur Aufrechterhaltung der bisherigen Konstruktion der deutschen Branntweinwirtschaft auf Kosten der deutschen Steuerzahler rund 60 bis 70 Millionen Mark zusehen müssen.

Die erfolgreichen Anstrengungen der Reichsmonopolverwaltung, ihre verlustbringenden Absatzparten für Motorspirit und andere technische Zwecke auszubehnen, haben jedoch nicht nur wiederum dem Steuerzahler ungeheure Summen gekostet, sondern sie haben auch die Monopolverwaltung in eine starke finanzielle Bedrängnis gebracht. Die Bilanz der Reichsmonopolverwaltung war bereits am Schluß des letzten Geschäftsjahres außerordentlich angespannt und illiquide, flüssige Mittel und Effektenbesitz waren fast völlig aufgezehrt. Die Schulden an die Monopolverwaltung haben sich verringert, außerdem wurden die Vorräte gegenüber dem Vorjahre nicht unwesentlich höher bewertet. Im neuen Geschäftsjahre hat die Monopolverwaltung ja auch bereits, um sich Luft zu machen, den Preis für Essigbranntwein sowie für vollständig vergällten Brennspiritus und Industriebranntwein (nicht aber den Motorspirit) erhöht.

Bei der unverständlichen Politik der Monopolverwaltung, die Uebernahmepreise in den letzten Jahren fast ständig zu erhöhen, ist die Branntweinablieferung der Landwirtschaft so gestiegen, daß bereits am Ende des letzten Geschäftsjahres die Vorräte um 390 000 Hektoliter größer waren als vor einem

Jahre. Da ferner in dem neuen Geschäftsjahre der Trinkbranntweinabsatz — unserer Meinung nach keinesfalls infolge der Steuererhöhungen im vergangenen Jahre, wie es der Geschäftsbericht der Monopolverwaltung angibt, sondern infolge Uebertreibung des Branntweins durch die Alkoholindustrie und die Schankstätten und infolge immer noch nicht völliger Verhinderung des Schwarzbrunnens wie durch die falsche Weinsteuerepolitik — bisher wesentlich hinter dem Vorjahrsabsatz zurückbleibt und damit auch die Gewinne der Monopolverwaltung geringer sind als im Vorjahre, während der verlustbringende Absatz technischen Branntweins weiter gesteigert wird, ist im laufenden Jahre mit einer weiteren Verschärfung der Schwierigkeiten des Branntweinmonopols zu rechnen. Bereits jetzt wird davon gesprochen, daß im kommenden Wirtschaftsjahre das Brennrecht allgemein auf 40 bis 50 Proz. der gegenwärtigen Höhe beschränkt werden muß, um die Monopolverwaltung vor einer Ueberflutung mit Branntwein zu schützen.

Wir haben von jeher sowohl an der Konstruktion des Branntweinmonopols, die jahraus, jahrein dem Steuerzahler hundert Millionen bis 80 Millionen Mark zugunsten einiger hundert ostbayerischer Großbetriebe verschonend läßt, als auch an der Führung des Branntweinmonopols, d. h. an der Festsetzung der Uebernahmepreise für Branntwein aus den Brennereien scharfe Kritik geübt. Wie berechtigt diese Kritik war, zeigt die neueste Entwicklung der Branntweinmonopolverwaltung. Wird das Brennrecht auf 40 Proz. beschränkt, so werden damit auch diejenigen landwirtschaftlichen Betriebe schwer betroffen, die auf Ausnützung ihres vollen Brennrechts angewiesen sind. Viel richtiger wäre es gewesen und wäre es heute noch, das Brennrecht auf 100 Proz. zu belassen, aber durch scharfe Senkung der Uebernahmepreise alle diejenigen Betriebe aus der Branntweinherstellung auszuschalten, die nicht auf die Verarbeitung der Kartoffeln zu Branntwein angewiesen sind. Eine scharfe Senkung der Uebernahmepreise würde ganz automatisch eine Trennung zwischen den beiden Betriebskategorien, in denen die Brennerei entbehrlich oder unentbehrlich ist, herbeiföhren.

Daß darüber hinaus die seit Jahren fällige gründliche Reform und Umgestaltung der deutschen Branntweinwirtschaft, die wir immer wieder gefordert haben, immer notwendiger wird, erscheint uns eindeutig erwiesen. Unseres Wissens hat der Enquete-Ausschuß eine gründliche Untersuchung über die Möglichkeit der Reform unserer Branntweinwirtschaft bereits vor Jahren eingeleitet. Diese Untersuchung soll nunmehr kurz vor dem Abschluß stehen. Es wäre dringend erwünscht, daß sie baldigt der Öffentlichkeit übergeben wird, damit dann endlich die Gesundheit und Umgestaltung der deutschen Branntweinwirtschaft eingeleitet werden kann.

Ausverkauf von Pfandbriefen.

Günstige Auswirkungen für den Kapitalmarkt.

Es läßt sich die Mittelverlagerung von Hypothekendarlehen, daß ihre Bestände an Pfandbriefen, die Ende vorigen Jahres noch bei allen Hypothekendarlehen sehr hohe Beträge ausgemacht haben, vollständig ausverkauft worden sind und daß neue Pfandbriefe jetzt im Handumdrehen Käufer finden. Diese erfreulichen Meldungen hängen mit der außerordentlich starken Nachfrage zusammen, die in den letzten Wochen nach Pfandbriefen stattgefunden hat, und mit der recht beträchtlichen Verbesserung der Kurse, die auf den Börsen im Zusammenhang mit den mehrfachen Diskontierungen — fast unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit — erzielt wurde. Aber auch die Nachfrage nach festverzinslichen Anleihen des Reiches, der Länder und der Kommunen hat sich sehr stark vermehrt, so daß auch hier beträchtliche Kurssteigerungen zu verzeichnen waren. Gehr man von der dunkelsten Zeit des deutschen Kapitalmarktes aus, der Zeit der politischen Schicksalskrisis und der schwersten Kämpfe um die Finanzreform, so zeigt sich beispielsweise heute bei 7prozentigen Pfandbriefen eine Kurssteigerung von 8 bis 8 Proz., bei der 7prozentigen Berliner Anleihe von 1928 eine Steigerung von 7 Proz., und bei Reichs- und Länderanleihen eine Steigerung von 2 bis sogar 11 Proz.; den Rekord schlagen die Reichsschuldverschreibungen mit Erhöhungen von 8 bis 14 Proz.

In diesen Kurssteigerungen kommt in sehr starkem Maße die Stärkung des Vertrauens zum Ausdruck, die seit der endgültigen Regelung der Reparationsfrage, des Polenabkommens und auch der Beschaffung größerer Kredite in den Finanzfragen sich durchgesetzt hat. Selbstverständlich spielt dabei das Absinken der Zinssätze bei Banken und Sparkassen für Einlagen ebenfalls eine sehr große Rolle — die hohe Pfandbriefverzinsung regt zu Käufen an — und auch die Banken haben ein großes Interesse, einen Teil ihrer flüssigen Mittel wenigstens vorübergehend zu Kursgewinnen und Zinsprozenten auszunutzen. Annehmen darf man auch, daß das Ausland jetzt ebenfalls wieder zu den Käufern von festverzinslichen Papieren in Deutschland gehört.

Es liegt auf der Hand, daß diese Wiederbelebung des Kapitalmarktes auch wirtschaftlich von Bedeutung ist. Freilich hängt die Befruchtung des Wirtschaftslebens durch einen besseren Kapitalmarkt davon ab, daß das Zinsniveau für Kredite, und zwar Betriebs-, Investitions- und Hypothekendarlehen sich stärker senkt, als dies bisher geschehen ist, und daß stärkere Verwendung von Kapital auch die wirtschaftliche Tätigkeit fördert und zur Entlastung des Arbeitsmarktes beiträgt. Die Hypothekendarlehen sind gegenwärtig sehr auf der Suche nach Objekten, die für die Hypothekengewährung sicher genug sind, und auch die Banken würden froh sein, wenn die Nachfrage nach Investitionskrediten folgen würde. Die Stärkung des allgemeinen Vertrauens, mit dem in den letzten Monaten — Schacht, Distribution der öffentlichen Wirtschaft —, so viel Mißbrauch getrieben wurde, ist für dieses Ziel eine wichtige Voraussetzung, der in der nächsten Zeit die besondere Aufmerksamkeit aller verantwortlichen Stellen gewidmet werden müßte.

Wieder Monatsbericht der Banken.

Zum erstenmal wieder höhere Börsenkredite.

Nach der regelmäßigen jährlichen Zweimonatspause im Dezember und Januar ist jetzt für das Februarende von der statistischen Abteilung der Reichsbank die Monatsübersicht der deutschen Bankeneinwicklung wieder veröffentlicht worden. Gegenüber dem 30. November vorigen Jahres sind bei den Berliner Großbanken die Kreditoren um 11 645 auf 12 056 Millionen, bei sämtlichen berichteten 90 Kredit- und Hypothekendarlehen um 14 235 auf 14 808 Millionen gestiegen. Die Groß-

banken haben sich offenbar auf Kosten der anderen Banken gestärkt.

Bei der Verwendung der neuen Gelder zeigt sich eine Steigerung der Wechselbestände bei Großbanken von 2883 auf 3145 (sämtliche Banken von 3362 auf 3644) Millionen, eine Senkung (erstmalig seit langer Zeit — Rückgang der Importe) der Warenvorräte bei Großbanken von 1948 auf 1908 (sämtliche von 2245 auf 2224) Millionen und die starke Zunahme der Kontokorrenten von 5788 auf 6096 Millionen bei den Großbanken und von 1506 auf 7730 Millionen bei sämtlichen 90 Banken. Hier wie bei den Wechselbeständen (Schatzangelegenheiten) dürften die neuen Reichs- und Kommunalkredite vom Vortage, die nach Ausfall der beabsichtigten Auslandsanleihen unter Schachts Druck aufgenommen werden mußten, eine erhebliche Rolle spielen.

Bei den Krediten auf Wertpapiere und den Börsenkrediten macht sich schon für Ende Februar der Umschwung an der Börse bemerkbar. Zum ersten Male seit langer Zeit haben sich die Report- und Lombardkredite von 536 auf 557 Millionen bei den Großbanken wieder vermehrt (sämtliche von 602 auf 626 Millionen). Auch die Reports allein sind bei den Großbanken von 294 auf 299, bei sämtlichen Banken von 318 auf 319 Millionen gestiegen.

Internationale des Sprechfilms.

Erste Etappe zum kapitalistischen Tonfilmfrieden.

Der Dampfer „Europa“ brachte in den Tagen, wo er das „Neue Band“ eroberte, einige prominente Vertreter der europäischen Tonfilmgruppe nach New York. Sie reisten auf Einladung des großen amerikanischen Filmkonzerns Warner Brothers, mit dem sie schon vorher in Berlin und Amsterdam verhandelt hatten. Der Pakt scheint darauf hinauszulaufen, daß der Warner-Konzern (der u. a. in Deutschland an der Nationalfilm A.-G. beteiligt ist) ein erhebliches Minderheitsaktienpaket der holländischen Rüchener-Konzern-Gruppe übernimmt, die ihrerseits an der deutschen „Lobis“ (Lombard Syndikat A.-G.) beteiligt ist.

In Europa wie in Amerika hat je eine Gruppe alle erreichbaren Patente auf dem Sprechfilmgebiet bei sich konzentriert: in Europa die Küchenmeister-Lobis-Klangfilm-Gruppe, in den Vereinigten Staaten die Western Electric Co. (Fabrikationsgesellschaft des amerikanischen Telephon- und Telegraphenriffs), größte Leihphonat-Gesellschaft der Welt). Beide Gruppen führen miteinander einen Patentreib, dessen Folgen sich z. B. auf die deutsche Film- und Sprechfilmindustrie unangenehm auswirken. Deutsche stumme Filme sind zur Zeit nur noch in geringem Umfang ausfuhrfähig; der Ausfuhr sprechender Filme aber stehen zahlreiche patentrechtliche Schwierigkeiten im Wege. Andererseits verfügt die amerikanische Gruppe zwar nicht über die wertvollen Patente der europäischen Gruppe, dafür aber in dem großen Sprachgebiet der Vereinigten Staaten über einen einheitlichen und sehr kapitalstarken Markt. Während z. B. um die Jahreswende in den

Vereinigten Staaten etwa 3000 Kineoskope mit Vorführungsapparaten für sprechende Filme ausgestattet waren, betrug die entsprechende deutsche Ziffer kaum viel mehr als 200.

Die nunmehr sich vorbereitende Einigung mit Warner Brothers scheint eine neue Situation zu schaffen. Zwar wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß diese Verhandlungen nur die Lobis

Kapitalmarkt und Landwirtschaft.

Der Abschluß der landwirtschaftlichen Zentralbank.

In dem jetzt vorliegenden Geschäftsbericht der Deutschen Rentenbankkreditanstalt wird besonders auf die Verschlechterung des Kapitalmarktes und die damit eingetretene Erschwerung der landwirtschaftlichen Kreditversorgung hingewiesen. Es war im vergangenen Jahre nicht möglich, der Landwirtschaft über den Pfandbriefmarkt die zur Umschuldung kurzfristiger Schulden erforderlichen Kapitalflüsse zuzuföhren. Das vergangene Jahr war nicht nur durch eine völlige Lähmung des Pfandbriefmarktes gekennzeichnet, sondern es kam sogar zu Rückflüssen früherer Emissionen, welche die Bewegungsfähigkeit der Hypothekendarlehen und anderer Realkreditinstitute entsprechend einengten.

Bei dem sehr eingehend behandelten Thema der Ursachen der Agrarkrise findet sich im Geschäftsbericht auch der Hinweis, daß sich die Schwächung der allgemeinen Kaufkraft infolge der Arbeitslosigkeit sehr ungünstig auf die Lebensmittelpreise auswirkte, wodurch besonders die Veredelungsprodukte der Viehzucht und die hochwertigen Erzeugnisse des Gartenbaues in Mitteleuropa gezogen wurden. Diesen Hinweis sollten sich die Rentenbankkreditanstalt sehr nahestehenden Rechtsparteien recht genau ansehen und statt ihrer sturen sozialreaktionären Vorurteile sich den engen Zusammenhang zwischen städtischer Massenkaufkraft und landwirtschaftlichem Wohlstand klarer vergegenwärtigen.

Der Rohgewinn der Deutschen Rentenbankkreditanstalt ging im Berichtsjahre von 80,6 auf 73,3 Millionen Mark zurück. Eine Einnahmefestlegung lag besonders bei den Hypothekenzinsen und den Zinsgewinnen aus Krediten und kurzfristigen Anlagen vor. Der Reingewinn wird mit 16 gegen 17,8 Millionen Mark ausgewiesen. Bis auf einen kleinen Rest von 250 000 M. wird der gesamte Reingewinn den Haupt- und Sonderrücklagen zugewiesen. Das Gesamtvermögen der Bank belief sich auf 393 Millionen Mark.

Gute Rentabilität der Staatsforsten.

Vor einigen Tagen wurde im Haushaltsausfluß des Braunschweigischen Landtages festgestellt, daß die Staatsforsten, die eine Fläche von etwa 288 000 Morgen bedecken, im Jahre 1929 voraussichtlich einen Bruttoertrag von 6 367 000 Mark bringen werden. Diesem Betrag steht ein Ausgabenbetrag von rund 5 000 000 Mark gegenüber. Nichtin verbleibt dem Finanzminister ein Ueberschuß von rund 1 125 000 Mark. Die Ergebnisse würden nach den weiteren Feststellungen noch weit bessere sein, wenn sich nicht ein starr organisierter Käuferring gebildet hätte, der höhere und rentable Preise für Holz nicht aufkommen läßt.

Die Klagen der Privatwaldbesitzer über schlechte Rentabilität in der Forstwirtschaft nehmen sich nach den erwähnten Feststellungen recht sonderbar aus.

Verdreißachter Reingewinn der Deutschen Kabelewerke in Berlin. Der Aufsichtsrat der Deutschen Kabelewerke A.-G., Berlin, hat beschlossen, für 1929 die Dividendenzahlung mit 6 Proz. wieder aufzunehmen. In den beiden vorhergehenden Jahren wurden keine Aktionärsgewinne verteilt. Der Reingewinn des Unternehmens hat sich mit rund 984 000 M. gegenüber dem Vorjahre fast verdreifacht. Im neuen Geschäftsjahr konnte trotz der noch anhaltenden Einschränkungen von staatlichen und kommunalen Aufträgen der Umsatz der entsprechenden Zeit des Vorjahres ungefähr erreicht werden.

Rückgängige Beschäftigung im Kunstseidemaschinenbau. Die Waggelin und Hübner Maschinenfabrik A.-G. in Halle, die speziell den Kunstseidemaschinenbau und die Einrichtung von Kunstseidefabriken betreibt, weist für 1929 einen von 0,98 auf 0,85 Millionen gekuntenen Rohgewinn aus. Bei den geringeren Umsätzen sind die Generalumsätze mit rund 599 000 M. überraschend hoch ausgewiesen. Der auch durch erhöhte Abschreibungen verringerte Reingewinn von 0,28 Millionen zwingt zu einer Herabsetzung der Dividende von 8 auf 5 Proz.

Wieder ein bestrahlter Händlerspiel. Ein Lagerhalter der Firma Schode u. Hübner hatte Anfang d. J. ein Schulkind, dessen Eltern nicht konjunktionslos organisiert waren, beauftragt, Waren aus einer Vereinstoffstelle des Konsumvereins Gießen und Umgebung zu holen, angeblich im Auftrag einer im gleichen Hause wohnenden Mitgliedsfamilie. Der Bericht über die Sache der Staatsanwaltschaft und erhielt nun die Mitteilung, daß der Bekleidete, Georg Hübler, zu einer Gefängnisstrafe von 15 M., eventuell drei Tagen Haft, verurteilt worden sei.

(Herstellung sprechender Filme) und nicht die Klangfilm G. m. b. H. (Herstellung der dazugehörigen Aufnahme- und Vorführungsapparate) betreffen und das Warner Brothers lediglich ein Filmkonzern sei. Tatsächlich ist aber die Verbindung der genannten europäischen Gruppen untereinander so eng, daß bestimmt keine gegen den Willen der anderen etwas unternimmt. Zweitens ist der Warner-Brothers-Konzern eine der Hauptkräfte der amerikanischen Tonfilmherstellung. Schon im Jahre 1928 beherrschte er die amerikanische Vitaphone Corp., die das Vitaphone-Sprechfilmverfahren besaß. Das Verfahren ging später an die Western Electric über, und zwischen Warner Brothers und Western Electric besteht seit dieser Zeit enge technische und geschäftliche Zusammenarbeit.

Gerade durch die Tonfilmherstellung stärkte Warner Brothers seine Kapitalkraft überaus rasch. Eine ganze Reihe von Filmgesellschaften wurden im Jahre 1929 von Warner aufgenommen, die Aktien der Gesellschaft erhöhten sich von knapp 16 Millionen Dollar Ende August 1928 auf 167 Millionen Dollar Ende August 1929, der Reingewinn in der gleichen Zeit von 2,04 Millionen auf 17,8 Millionen Dollar (fast 75 Millionen Mark). Es ist nicht anzunehmen, daß dieser eng mit der Western Electric verbundene Konzern ohne sein Wissen handelt, und so scheint in der Tat ein

internationaler Pakt zu kommen, der fast alle brauchbaren Patente der Welt bei einer europäisch-amerikanischen Gruppe monopolisieren würde.

Daß auch hierbei, wie die beabsichtigte Kapitalbeteiligung zeigt, das amerikanische Kapital die Führung haben wird, entspricht den bekannten internationalen Vereinbarungen auf einigen elektrotechnischen Gebieten, wo ja auch der Schwerpunkt in den Vereinigten Staaten liegt.

Not- und Nachtragshaushalt.

Severing antwortet den Eugenbergs-Trabanten.

Der Reichstag beriet am Mittwochnachmittag zuerst die Vorlage auf Verlängerung der Pachtgesetzverordnung bis 30. September 1931.

Abg. Tempel (Soz.):

Diese rechtliche Verlängerung wird damit begründet, daß die Neuregelung noch nicht fertig ist. Dabei ist ein Zusammenstoß zweier Weltanschauungen zu erwarten, nämlich der bürgerlichen, die das Grundeigentum unabhängig von der Person des Eigentümers anerkennt, und der sozialistischen, die

vor allem auf Arbeit ein Recht am Boden

gründet. Der Ausgleich zwischen diesen beiden Auffassungen wird nicht leicht zu finden sein. Man wird natürlich den Behörden, den Pächtern und Verpächtern genügend Zeit lassen müssen, sich auf die Neuordnung einzustellen. Aus diesen Gründen geben wir, wenn auch sehr ungern, unsere Zustimmung zu dieser neuen Verlängerung, die bereits die sechste oder siebente ist. Wir möchten aber nicht, daß unsere Zustimmung mißdeutet und zum Anlaß genommen wird, die Neuordnung noch weiter zu verzögern.

Je schneller, desto besser wird die endgültige Regelung der heutigen Rechtsunsicherheit ein Ende machen.

Von den gut 5 Millionen landwirtschaftlicher Betriebe sind rund 3 Millionen an der endgültigen Regelung des Pachtrechts unmittelbar interessiert, und zwar in demselben Maße, wie die Arbeiter an der Regelung von Lohn und Arbeitszeit. Solange der Pächter nicht die Sicherheit hat, den Grund weiter bewirtschaften zu können, gegen willkürliche Kündigung und Preissteigerung gesichert zu sein und einen Rechtsanspruch auf die Erstattung der Verbesserungskosten zu haben, wird er wesentliche Verbesserungen kaum vornehmen. Es spricht also

auch ein starkes wirtschaftliches Interesse, das der Rationalisierung und Intensivierung, für schnelle Neuordnung.

Unsere Forderungen liegen im Interesse von Millionen Pächtern, wir hoffen, daß die Reichsregierung diese Forderungen verwirklichen und daß sich auch andere Parteien uns anschließen werden. Nur in dieser Erwartung stimmen wir dieser hoffentlich letzten Verlängerung zu. (Beif. Beifall der Soz.)

Abg. Puh (Komm.) protestiert gegen die weitere Hinausschiebung der schließlichen Neuordnung des Pachtrechts.

Die Vorlage wird in zweiter und dritter Beratung angenommen. Es folgt die erste Beratung des Reichshaushalts für 1931.

Abg. Totzler (Komm.) bekämpft die Vorlage, die nicht einen Haushaltsplan enthält, sondern das Ermächtigungsgesetz darstellt, ein Viertel der noch gar nicht bekannten Einnahmen 1930 auszugeben. Nur aus der Presse erfährt man einiges. Die Hilfe für die in entwerteten Franken bezahlten Sozialkassen wird von 8 Millionen auf 3 Millionen gekürzt, aber für die Luftkavallerie will man 1930 um 6 Millionen mehr ausgeben als 1929. Während man beim Arbeitsministerium 125 Millionen spart, bleibt die Vertretung des Reichs in Brüssel erhalten, die Ausgaben der Zentrale für Heimatrecht werden erhöht, 200 000 M. für Ausstattung der neuen Reichsanzeiger bereitgestellt usw. Der Bötterbund kostet um 1,8 Millionen, die Technische Reichsanstalt 1 Million, die Emessa 5 Millionen, die Spiegel weitere Millionen. Unter Beratung auf die Mittelungen des „Vorwärts“ tritt der Redner die Streichungen beim Arbeitsministerium und die Mehrforderungen bei Reichswehr und Marine, die zusammen 700 Millionen verlangen, also 37 Millionen mehr als 1929.

Das Wort wird sonst nicht verlangt, der Nothaushalt geht an den Ausschuss. — Es folgt der Nachtragshaushalt für 1929, zweite Lesung, Redezeit für die verschiedenen Staats zusammen eine Stunde.

Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.): Wohl zum ersten Male fordert die Reichsregierung offen die Bewilligung allgemeiner Steuergelder.

Bekämpfung der Opposition, nämlich des Volksbegehrens gegen den Young-Plan.

Das ist ein schwerer Mißbrauch und eine Verletzung der Reichsverfassung. Derselbe Minister, der das Volksbegehren zugelassen und damit als verfassungsmäßig anerkannt, hat diese Ausübung eines verfassungsmäßigen Rechtes mit Hilfe allgemein aufgedruckerter Steuergebühren bekämpft. Man hat die Zentrale für Heimatdienst, die als Reichsleitung neutral zu sein hat, in den Dienst der Reichsparteien gestellt. Dieser Mißbrauch macht Schande, das sollte das Zentrum wohl bedenken. Es könnte

ein anderer Severting Steuergelder der Katholiken zur Bekämpfung der katholischen Kirche verwenden.

(Heiterkeit links und in der Mitte.) Wenn in Ihnen noch ein Funken Gerechtigkeit lebt (Lachen links), wenn Sie den Staat nicht zum Spielball der Parteien erniedrigen wollen, dann stimmen Sie dagegen! (Sturle links und von der Mitte machen den Redner auf die Verfolgung ganzer Parteien und Richtungen in der Monarchie aufmerksam, worauf er erwidert: Wir haben nie so etwas gemacht! (Stürmische, langanhaltende Heiterkeit!))

Abg. Dr. Schreiber (Z.) hält dem Vordredner die Ausnahme-gesetze der Monarchie gegen die Polen vor; Schulz-Bromberg war ein Vorkämpfer all dieser Maßnahmen. Gegen diese in Mißbrauch des Staats und der Steuergelder, der uns heute noch schwer schädigt, sind wir aufgetreten, aber nicht Sie! Der Redner fordert Verjüngung der Diplomatie und Reformen, besonders soziale, im Auswärtigen Amt, worüber der Reichstag gründlich reden möchte. Mit der Sparsamkeit ist es unvereinbar, daß sowohl im Reich wie auch von Preußen gleichzeitig eine Hochschulkonferenz heraufgeführt wird. Schließlich spricht der Redner dem Reichsminister für die Arbeit zugunsten der deutsch-russischen Stichtlinge Wort aus.

Reichsinnenminister Severing

schließt sich diesem Dank an und erwidert dann dem Abg. Schulz-Bromberg: Wir haben 35 000 M. aus dem Fonds zum Schutz der Republik verwendet zur Aufklärung der Öffentlichkeit über den

Young-Plan. Es wäre eine grobe Pflichtverletzung gewesen, wenn wir widerspruchslos die Agitation gegen die Politik der Reichsregierung hätten betreiben lassen.

Wir haben dabei weder die Deutschnationalen noch die Nationalsozialisten genannt, das Volk mußte ja wissen, wer hinter dem höchsten Volksbegehren stand.

Das ganze Reichskabinett hat diese Aktion beschlossen. Da aber Herr Schulz-Bromberg behauptete, im alten Regime wäre so etwas nicht möglich gewesen, so erinnere ich nur an die Rede Eugen Kisters am 21. November 1872 im Preussischen Landtag gegen den sogenannten Reptilienfonds, gegen Bismarcks System, Zeitungen mit Staatsgeldern aufzukaufen, damit sie seine Politik unterstützten. Aus den preussischen Akten könnte ich Ihnen (nach rechts) vorlesen, wofür der Reptilienfonds verwendet worden ist.

Bismarck hat aus Staatsmitteln große Summen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, der Freisinnspartei und des Zentrums, aber auch zur Bekämpfung einzelner Persönlichkeiten dieser Parteien ausgeben lassen.

Aus Staatsmitteln wurden 1884 große Summen verwendet zu Wahlflugblättern gegen die regierungsfeindlichen Parteien. 1903 erbat und erhielt der Regierungspräsident von Potsdam vom Staatsministerium des Innern Mittel zur Verbreitung von Kalendern, die sozialdemokratischen Schriften entgegenwirken sollten. Der an dieser Sache beteiligte Referent des Ministeriums war der jetzige deutschnationale Abgeordnete Graf v. Westarp. (Hört, hört! links. — Abg.

Schulz-Bromberg [Dnat.]: Sie vergessen, Herr Minister, daß die frühere Regierung im alten Staat eine überparteiliche war! — Gelächter links und in der Mitte.) Im Vergleich zum alten Regime kann man dem neuen Regime höchstens vorwerfen, daß es zu wenig tut in der Verteidigung der Regierungspolitik. (Beifall der Mehrheit.)

Abg. Maslowki (Komm.): Die Unterstützung der deutschsprachigen Anfallen aus Rußland ist eine Brüstung Sowjetrußlands. Der Redner wiederholt dann die Behauptung der APD-Presse über jene

Sitzung des „Herrenklubs“, an der die Zentrumsführer Fürst Löwenstein, v. Papen, der neue Bischof von Berlin und der Abg. Schreiber teilgenommen

hätten und die der Vorbereitung eines Krieges gegen Sowjetrußland gedenkt hätte, ebenso wie der Aufruf des Papstes, die Anträge der Demokraten an den Außenminister wegen der Tätigkeit der Kommunisten und der Einbruch in die Sowjethandelsdelegation in München. Die Millionen dieser Aktion fließen nach Del und Petroleum. (Ordnungsruuf.) Kirchenausritte sind die Folge des Papstauftrags. Die Arbeiter werden sich nicht zum Krieg gegen Rußland einlassen lassen.

Abg. v. Freytag-Loringhoven (Dnat.) erwidert dem Innenminister, daß eine parlamentarische Regierung nicht wie die monarchistische Staatsgelder zur Bekämpfung der Opposition verwenden dürfe. Dazu habe sie Parlament und Presse. Außenminister Curtius hat erklärt, daß die Agitation der Reichsregierung für den Young-Plan übereifrig und schädlich gewesen sei. Warum ist Staats-

Justizetat im Landtag.

Feste Führung der Personalpolitik im republikanischen Sinne.

Der Landtag überwie am Mittwoch zunächst ohne Besprechung einen Gesetzentwurf über die Zuständigkeit des Kammergerichts für die Entscheidung von Streitigkeiten aus dem Gesetz zur Regelung älterer staatlicher Renten an den Rechtsausschuss.

Hierauf wird ein Entwurf über die Erweiterung des Stadtkreises Bielefeld an den Gemeindevorstand überwiesen.

Es folgt die dritte Lesung des Gesetzentwurfs über die Verlängerung der Grundvermögenssteuer bis zum 31. März 1931 und die dritte Lesung des Entwurfs über die Verlängerung der Hauszinssteuer bis zu demselben Termin. Die Entwürfe passieren ohne Ausprache. Die Abstimmungen darüber finden am Freitag, dem 28. März, statt.

In dritter Lesung wird sodann der Gesetzentwurf über die Änderung der zur Auflösung der Familiengüter und der Hausvermögen (Fideikommiss) ergangenen Gesetze und Verordnungen angenommen.

Hierauf wird die zweite Lesung des Haushalts der Justizverwaltung ohne den Abschnitt Strafvollzug fortgesetzt.

Justizminister Dr. Schmidt

betont einleitend, daß das Geschäftsjahr 1929 für seine Verwaltung in allen Zweigen ein Jahr stürkster Anspannung gewesen sei. In bezug auf die Lage der Anwaltschaft sei er dafür, daß das Arbeitsgebiet der Anwälte nicht weiter eingeschränkt wird. In bezug auf die Personalverhältnisse könne über Rang und Anwachswuchs nicht mehr geklagt werden. Dagegen sei der starke Zustrom zum Justizdienst sehr bedenklich; in dem Wintersemester 1928/29 habe sich die Zahl der Studierenden der Rechtswissenschaft gegenüber 1907/08 von 7000 auf 15 000 erhöht. Bei diesem Zustrom müßte die Verwaltung Wert darauf legen, nur tüchtige Kräfte heranzuziehen und die Auslese guter Kräfte durch Beförderungen fortzusetzen. Es sei leitender Grundsatz, jede Stelle mit dem geeigneten Mann zu besetzen. Dabei moche der Landtagsbeschluss von 1922 dem Ministerium zur Pflicht.

leitende Stellen nur mit zuverlässigen Vertretern der republikanischen Verfassung zu besetzen.

Kein geordnetes Staatswesen könne es zulassen, daß die leitenden Stellen im Staatsorganismus mit Beamten besetzt würden, die der bestehenden Staatsform feindlich oder auch nur innerlich fremd gegenüberstehen. (Lebhafter Beifall links und in der Mitte.)

Sein Ministerium sei auch bemüht, bei der Auswahl der Laienrichter alle Bevölkerungsschichten, insbesondere die Arbeiterschaft, heranzuziehen. Mehr als bisher solle auch künftig von der Vorfrist des § 153 der Strafprozessordnung Gebrauch gemacht werden, daß wegen geringfügiger Delikte keine Strafverfolgung eintreten soll. Es sei auch sein Bestreben, die Zahl der Anklagen wegen Verletzung der Eidspflicht zu vermindern und auf eine Einschränkung in der Abnahme von Eiden hinzuwirken.

Abg. Brüchner (Soz.):

Wir billigen den Geschäftsbericht und das Programm des Ministers, obwohl wir in dem letzteren manches vermissen, das Berücksichtigung verdient. Ich verweise dabei auf die Zustände bei dem Berliner Landgericht, auf die der Minister nicht eingegangen ist. Trotz der gewaltigen Zahl der Fälle, die heute von den 36 Kammern des Arbeitsgerichts erledigt werden, ist es bis jetzt nicht möglich gewesen, diese Behörde in Räumlichkeiten unterzubringen, die den modernen und hygienischen Anforderungen entsprechen. Ich beschränke mich heute darauf, von den Urteilen des Arbeitsgerichts nur eines kritisch zu würdigen. Der Vorsitzende Dr. Simons hat u. a.

den Anspruch einer Hausangestellten, die zwei Öhrfeigen bekommen hatte, mit der Begründung abgewiesen, daß Öhrfeigen nicht von so erheblicher Bedeutung sind, daß sie deshalb den Dienst hätte verlassen können.

(Hört, hört! bei den Soz.) Das ist ein Fall, der selbst in der letzten Zeit der alten Gefängnisordnung nicht möglich war. Einem solchen Vorfall sollte man schleunigst Gelegenheit zu anderer Beschäftigung geben. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Bei der geringen Zahl der Rückfälle ist es uns unverständlich, daß die Rechte noch immer den Kampf gegen die Bewährungsstrift führt. Die Deutschnationalen haben es im Ausschuss auch fertig gebracht, den Antrag zu stellen, daß die Todesstrafe im bisherigen Umfange beibehalten werden soll. (Hört, hört! bei den Soz.) Sie haben diesen Antrag zwar zurückgezogen, ihn aber durch einen anderen ersetzt, der die Todesstrafe nur beibehalten will.

Daß dieser Antrag im Ausschuss abgelehnt wurde, bemerkt, daß die Gegner der Todesstrafe immer mehr Anhänger gewinnen.

Die Kommunisten sind zwar theoretisch auch für die Abschaffung der Todesstrafe, aber merkwürdigerweise nur für Deutschland. Die russischen Blätter billigen und verteidigen sie. Da kümmert es sie wenig, daß dort täglich 40 Hinrichtungen vollzogen werden und daß das russische Strafgesetzbuch für 60 verschiedene Fälle die Todesstrafe vorsieht.

Ein Staat, der sich nur auf das Henkerbeil stützt, kann nicht das Ideal eines Volksstaates sein.

Daß die Kommunisten diesen Widerspruch in ihrer Haltung nicht lösen können, beweist jetzt am besten ihr betretenes Schweigen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Wenn heute die Einstellung vieler Richter und viele Urteile immer wieder im Brennpunkt der öffentlichen Kritik stehen, so will diese immer wiederkehrende Kritik schließlich nur Besserung erzielen. Es mag genügen, hier nur zwei Urteile genau anzusehen: der junge Graf Stofberg erhielt für seinen Vatermord wegen „jahrlängiger Tötung“ nur neun Monate Gefängnis; aber ein junger Arbeiter, der in der Rotwehr seinen als Säuer bekannten Vater erschlug, als dieser seine Mutter bedrohte, bekam zwölf Jahre Zuchthaus. Ich hoffe, daß dieser Hinweis für den Herrn Minister genügt, diesen jungen Arbeiter bei guter Führung zu begnadigen.

Erfreulicherweise soll die Strafverfolgung wegen geringfügiger Delikte eingeschränkt werden. Das gilt ganz besonders auch für die zunehmende Reineidsjucht.

Zum Schluß trägt der Redner noch eine Anzahl von Fällen vor, in denen Richter offen ihre staatsfeindliche Einstellung während des Prozesses und in der Urteilsbegründung zum Ausdruck bringen. Hier Wandel zu schaffen, müßte mit in erster Linie Aufgabe des Ministeriums sein. Erst dann werde es gelingen, das Recht, das nach einem Goethewort mit jedem Menschen geboren wird, zur Geltung zu bringen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Hierauf wird die Beratung unterbrochen, um die angelegte Abstimmung über die

Verlängerung der Gewerbesteuer bis zum 31. März 1931

in zweiter Lesung vorzunehmen. Die Vorlage wird nach den Ausschussbeschlüssen angenommen. Danach werden auch die freien Berufe in die Gewerbesteuer einbezogen mit Ausnahme derjenigen, die der reinen Kunst und der reinen Wissenschaft gewidmet sind. Die Steuer wird nach dem Gewerbesteuer und Kapital, bei den freien Berufen aber, für die eine Freigrenze von 6000 Mark vorgegeben ist, nur nach dem reinen Ertrag bemessen. Der Antrag der Deutschnationalen und der Volkspartei auf Streichung der Freilassung der Konsumvereine wird in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Der deutschnationale Antrag auf Erhebung eines Verwaltungskostenbeitrages wird im Hauhaushalt mit 187 gegen 175 Stimmen dem Ausschuss überwiesen.

Hierauf verläßt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 11 Uhr. Außerdem stehen auf der Tagesordnung Strafverfolgungen von Abgeordneten.

Mißfarbene Zähne

entstellen das schönste Antlitz. Uebler Mundgeruch wirkt abstoßend. Beide Schönheitsfehler werden gründlich beseitigt oft schon durch einmaliges Putzen mit der herrlich erfrischend schmeckenden Chlorodont-Zahnpaste. Die Zähne erhalten darnach einen wundervollen Elfenbeinglanz, auch an den Seitenflächen, besonders bei gleichzeitiger Benutzung der dafür eigens konstruierten Chlorodont-Zahnbürste mit gezahntem Borstenschmitt. Faulende Speisereste in den Zahnzwischenräumen als Ursache des üblen Mundgeruchs werden gründlich damit beseitigt. — Chlorodont: Zahnpaste, Mundwasser, Zahnbürsten Einheitspreis 1 Mark bei höchster Qualität. — Man verlange nur echt Chlorodont in blau-weiß-grüner Originalpackung und weise jeden Ersatz dafür zurück.

Lehrer a. Schubert nicht da, um die Kirchenpolitik zu vertreten? Lardieu hat in der Kammer gesagt, die Sanctionsrechte beständen weiter. Was hat die Regierung darüber zu sagen?

Abg. v. Lindelner-Wildau (Dnat. Krögen): Fünf Tage vor Schluss des Etatsjahres stehen wir in einer Schuldenwirtschaft, die mit gesunder Finanzpolitik ebenso unvereinbar ist, wie mit der früheren Erklärung, die Balancierung des Etats sei gesichert. Wenn man allen Volksschichten den Zugang zum diplomatischen Dienst öffnen will, darf man nicht gerade die Bezüge der unteren Beamten kürzen. Die Reichsregierung hat die Grenzen sachlicher Aufklärung in der Bekämpfung des Volksbegehrens überschritten. Seiner Rede stand unter dem notwendigen Niveau, so wenn er den Namen des damaligen Hilfsarbeiters Graf Westarp nannte. Der Rundfunk wird von oben her so mißbraucht, daß ein Zentrumsabgeordneter im Ausschuss erklärt hat, er befürchte, vom Rundfunkhörsaal eine Gefährdung der guten Entwicklung seiner Kinder.

Die Befassung der Hörer mit 24 M. jährlich ist eine Kulturfeuer.

Es war ein Mißbrauch des Volkstrauertages, eine sozialistische Veranstaltung zu übertragen, in der Seering wohl als Abgeordneter sprach. (Rufe der Soz.: Er war auch bei der Feier im Reichstag!) Ist es richtig, daß am 1. Mai alle deutschen Sender 1 1/2 Stunden lang eine Feier des Sozialistischen Kulturbundes übertragen sollen?

Abg. Goltzner (Dnat.): Gemeinsam mit dem Reichstragshaus wird der Entwurf über die Beteiligung des Reichs an der Preussischen Zentralgenossenschaftsliste mit 50 Millionen Mark beraten. Wir haben dagegen keine Bedenken, wohl aber gegen den zu geringen Einfluß, den das Reich hierdurch in der Preussische erlangt.

Abg. Bernhardt (Dem.): Die Ausgaben für Kriegsbeschädigte, Hinterbliebene und für indirekte Befugungskosten waren um 120 Millionen größer als bei den Streichungen vorgelesen. Wenn sich diese Streichungen als undurchführbar erwiesen haben, ist nicht das „Streichquintett“ daran schuld. Wenn Herr Lardieu das Weiterbestehen des Sanctionsrechtes behauptet, so kann er sich auf die Autorität des deutschen Staatsrechtslehrers v. Freytagh-Loringhosen berufen, der hier übrigens mit sichtlichiger Benützung diesen französischen Standpunkt vertreten hat. (Lärm rechts: Einstellung! usw. — Der Hafentruer Goebels empfiehlt dem Redner, nach Palästina zu gehen, worauf Bernhardt erwidert, nach Goebels Aussehen zu schließen, seien dessen Vorfahren erblich später nach Deutschland gekommen als die Bernhards. — Goebels ländelt nach an, Bernhardt werde die Wüste noch heruntergerissen werden.) Wir beantragen Wiederherstellung der vom Ausschuss gestrichenen 400 000 M. für Auslandspropaganda der Leipziger Messe. (Da Goebels fortgesetzt dem Redner entgegnet, bedroht Vizepräsident v. Kardorff den Angriffsmann mit Hinweisung, worauf der holländische Siracher dem Vizepräsidenten eine Belohnung in der „C.-Z.-Zeitung“ in Aussicht stellt. Dafür erhält Siracher einen zweiten Ordnungsruf und Ausweisungsdrohung.) Die Reichsbahn sollte einen Teil dieser Werbekosten freiwillig tragen, sie hat den Vorteil vom Reisebesuch. (Beifall links.)

Abg. Sched-Baden (Komm.): demängelt die Aufwendungen für das besetzte Gebiet, den Stillstand des Wohnungsbaues, die Untätigkeit in bezug auf die Trinkwassererzeugung usw.

Abg. Rippberger (Komm.) spricht gegen die Mehrausgaben für die Reichswehr, die in der Vorlage einfach so begründet werden: „Die unvermeidlichen Mehrausgaben müssen bemittelt werden, sonst müssen sie einfach überplanmäßig gemacht werden!“ Wo, Reichstag fußt! Und er fußt. Woher kommen die Mittel für die Mehrausgaben? Schon im September haben wir wegen der Verbindungen Reichswehr-Hafentruer interpelliert, aber bisher ohne Antwort.

Bei allen Diktaturplänen wird General v. Scheffer genannt.

Ein hoher Offizier im Reichswehrministerium, v. Wandersleben, hat vor Sachsisen das „dritte Reich“ als Ziel aufgestellt. Aber die Regierung antwortet nicht. Der Reichstag hat beschlossen, Garnisonverlegungen im Osten zu unterlassen, trotzdem hat man sie vorgenommen und Befestigungen in Ostpreußen und an der Oderlinie angelegt. Was ist mit den Feldjägerkorps? Diese Befestigungen, der Panzertruppen A, die Vertiefung der Hohe von der Nord- in die Ostsee, die Festbefestigungen an der Polengrenze, was sollen sie? Werden Bündnisverhandlungen mit Frankreich gegen Sowjetrußland geführt?

Wir werden uns nicht abhalten lassen, unter den Soldaten zu werden.

Ein Dutzend Revolutionäre in der Reichswehr sind mehr wert, als der ganze Reichstag mit seinen vielen Bächen. (Händeklatschen der Komm.)

Abg. Bormann (Wp.) begründet eine Entschädigung, daß die Reichsregierung in der Preussische den Genossenschaften und sonstigen Privatanteileignern die Möglichkeit verschaffen soll, aus der Preussische auszuscheiden.

Abg. Dr. Schreiber (Z.): Für diejenigen wissenschaftlichen Arbeiter der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, die nicht als Unterstützungsprofessoren usw. pensionsberechtigt sind, muß eine ausreichende Versorgung geschaffen werden.

Abg. v. Freytagh-Loringhosen (Dnat.): Abg. Bernhardt hat mir in unglücklicher Weise niedrige Motive unterstellt. Auf solche Weise macht man jede Debatte unmöglich.

Die einzelnen Teile des Nachtragshaushalts werden unändert in der Ausschussfassung angenommen. Der Antrag auf Wiedereröffnung von 400 000 M. für Auslandspropaganda der Leipziger Messe wird im Hauhaushalt mit 170 gegen 136 Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt. Geschlossen, und zwar dagegen, stimmen die Sozialdemokraten und die Kommunisten, dafür die Demokraten, die übrigen Parteien teilen sich. Abgelehnt wird ein Antrag der Rechten, 200 000 M. für das Berliner Messe- und Fremdenverkehrsamt einzustellen. Die Entschädigungen Bormann (Wp.) zur Preussische werden abgelehnt, das Preussische Gesetz auch in dritter Lesung verabschiedet.

heute, Donnerstag, 16 Uhr: Nachtragshaushalt, Schankstätten-gesetz. — Schluss 19 Uhr.

Von der Leipziger Oberbürgermeisterwahl. Der Rat der Stadt Leipzig hat an den Ministerpräsidenten im Wirtschaftsministerium, Dr. Klien, die Aufforderung gerichtet, sich um den demnächst freierwerbenden Oberbürgermeisterposten von Leipzig zu bewerben. Dr. Klien, der aus Leipzig stammt, war dort längere Zeit als Handelsstammespräsident tätig.

Reichsrat und Agrarfragen.

Agrarzölle und Maismonopol werden Geseh.

Der Reichsrat genehmigte in seiner gestrigen Vollziehung die vom Reichstag angenommenen Vorlagen über Änderung der Agrarzölle sowie das Maismonopolgesetz. Dagegen stimmte der Vertreter Bremens.

Der Reichsrat genehmigte ferner den Antrag auf Härteausgleich bei Verkaufsschlüssen über Tee und Zucker sowie die Verordnungen über Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in der Glasindustrie, in Walz- und Hammerwerken und im Steintohlenbergbau, ferner die Verordnung über den Mindestlohn der im Rechnungsjahre 1930 für die Förderung des Wohnungsbaues bereitzustellenden Mittel.

Zurückweisung einer Verleumdung.

Die Leh-Gruppe gegen die „Rote Fahne“.

Stadtrat Hermann Leh bittet um Aufnahme folgender Erklärung:

„Zu den in den Artikeln der „Roten Fahne“ vom 25. März 1930 „Die Leh-Renegaten fordern Aufnahme in die SPD.“ aufgestellten Behauptungen erkläre ich das Folgende: Ich habe weder vor noch nach der Kommunalwahl einen Aufnahmeantrag bei der SPD gestellt, niemals mit dem Kreisleiter des 17. Kreises der SPD, oder mit einem anderen Funktionär oder Mitglied der SPD, darüber gesprochen. Ich habe weder die Herausgabe noch die Formulierung unserer Erklärung mit der SPD vereinbart, ebensowenig den Zeitpunkt der Herausgabe derselben. Wir ist von keinem SPD-Mitglied die Bestätigung als Stadtrat versprochen worden, auch nicht von irgendeiner anderen Seite.“

Aus der Partei.

Die Arbeiterkinderfreunde in Wien, organisiert im Verein Freie Schule — Kinderfreunde, haben ihre Mitgliederzahl 1929 um 600 erhöht. Rote Falken gibt es in 140 Gruppen 3200. In quanten der Kinder jener Arbeiter, die durch den Heimwehretor der Alpen Montangesellschaft (Filiale des Deutschen Stahlwerkesverbandes) arbeitslos geworden sind, haben die „Roten Falken“ mehr als 300 häusliche Aufstellungen veranstaltet und aus Beiträgen von 20 Groschen (12 Pf.) über 6800 Schilling (4000 M.) aufgebracht. 130 Hortabteilungen erfassen in Wien täglich 4000 Arbeiterkinder, 400 mehr als im Vorjahr. Fünf Arbeiterkinderheime bestehen. Ingesamt erhält der Verein 65 Horte mit mehr als 150 hauptberuflich Angestellten. Selbstverständlich kann er das nur durch die starke Hilfe der Partei, der Gewerkschaften und der Arbeiterkammer.

Theater, Lichtspiele usw.

Donnerst. 27. 3
Staats-Oper
Unter d. Linden
Tel.-Nr. 8. Sa. 8
Jahrs-Nr. 7. Sa. 14
20 Uhr
Mona Lisa
Ende 22 1/2 Uhr

Donnerst. 27. 3
Städt. Oper
Bismarckstr.
Torus III
20 Uhr
**Maschinen
Hopkins**
Ende 22 1/2 Uhr

Donnerst. 27. 3
Staats-Oper
am Platz der Republik
20 Uhr
**5. Sinfonie-
Konzert**
Ende 22 Uhr

Staatl. Schiller-Theater, Charlthg.
20 Uhr
G'wissenswurm
Ende 22 1/2 Uhr

**Winter
Garten**
8.13 Uhr Zaehr. 2019 Ruden erlaubt
Goldin mit neuen Illusionen
Demosi-Schulzeleit, d. holländischer Tanzpaar
„JOSU“
der rechnende Hund usw.

Volksbühne
Theater am Mühlplatz.
8 Uhr
Das Gerücht
Komödie
in 14 Bildern
v. C. K. Munro
Regie: K. H. Martin

Barnowsky-Bühnen
Theater in der
Königsplatz Straße
Täglich 8 1/2 Uhr
**Professor
Bernhardi**
Vater:
Arthur Schnitzler
Regie: Viktor Arnswitz

Staatl. Schiller-Th-
8 Uhr
G'wissenswurm
Der

SCALA
Tägl. 5 u. 8 1/2 Uhr. 8 1/2 Barb. 9230
Pr. 1-6 M. Wochentg. 5 U. 50 Pr.-3 M.
Gastspiel Erich Carow
und weitere 9 International. Attraktiven

Komische Oper
Friedrichstr. 104.
Merkur 1401/4330.
Nach vollständigem Umbau
Täglich 8 1/2 Uhr
Hulla di Bulla
Schwank von Arnold und Bach
mit Guido Thielscher,
Schulz, Schrein, Borg, Hildebrand, Walter
Rosa, Fink, Behmer, Wesak

Lustspielhaus
Friedrichstr. 236. Bergmann 2922/23.
8 1/2 Uhr:
Geschäft mit Amerika.
Vorverkauf in beiden Häusern ab
10 Uhr ununterbrochen.

PLAZA
Tägl. 5 u. 8 1/2
Sonn. 2. 3 u. 8 1/2
Alex. E 4, 8066
INTERNAT. VARIÉTÉ

Theater I. d. Behrenstr. 53-54
A 4 Zentrum 926-927
Direktion Ralph Arthur Roberts
8 1/2 Uhr
... Vater sein, dagegen sehr
Sonntag auch nachm. 4 Uhr (halbe Pr.)

GROSSES SCHAUSPIELHAUS
8 Uhr
Nur noch 35 Vorstellungen!
3 Musketiere
Regie: ERIK CHARELL
3 Sonntag nachm. ungeh. Kasse Pr.

Reichshallen-Theater
Abends 8 Sonntag nachm. 2
Das herrliche Programm der
„Stettiner“
Frühlingsspiel: Parkett 1-1,70, Log. 2 M.
Nachmittags halbe Preise.
Zentrum 112 63
Jänhoff-Brett
Variet. Tanz. Großer Orchester.

Die goldne Meisterin
(Traute Rose)
Täglich 8 1/2 (jeden Sonntag um
8 1/2 und um 9 Uhr) im
Rose-Theater
Große Frankfurter Straße 13.
Billettkasse: Alex. 3422 und 3494
Nächsten Sonntag 5 Uhr
und Sonntag 2 30
Schnee- und Rosen
Nächst. Sonntag, 11.30 abd.
„Der Mustergatte“
Vorverkauf täglich von 11-1
und 4-9 abends.

„die werfen ja direkt alles zum Fenster hinaus - -“

Wer?
Sie kennen doch die beiden MAASSEN-Mädchen!!
Am Sonnabend 29. März beginnt der große Umbau-Ausverkauf
-un glaubliche Angebote!!

LEIPZIGER STRASSE 42, ECKE MARKGRAFENSTRASSE

Theat. d. Kult. Tor
Koth. Str. 6
Tägl. 8 Uhr
such Sonn.
nachm. 3 U.

CASINO-THEATER
Lehrter Str. 37.
Wieder ein neuer Schlager
Der wahre Jakob
Südmärcher Heltetreib-Erfolg
Dazu ein exzell. buntes Programm
Gutschein 157 1-4 Personen
Fauteuil nur 1,25 M., Sessel 1,75 M.,
sonstige Preise: Parkett u. Rang 0,80 M.

Trianon-Theater
Leitung: Dir. Armin
Georgenstr. 9
Täglich
2 Vorstellungen
6 1/2 und 9 Uhr
Revue
Der lebende Magazin
Sonntag 3 1/2 Uhr
Mischel-Diesel
beim Osterhasen

Planiarium
am Zoo
Tägl. 10 Uhr
R. 3. Barbarossa 5579
16 1/2 Uhr Der Früh-
jahrsfest
1 1/2 Uhr Markwürdige
Lieder (Mus. J. J. J. J.)
20 1/2 Uhr Unser Mond
Eintritt 1 Mark.
Kinder 30 Pf.

Theater d. Westens
Täglich 8 1/2 Uhr:
**Hotel Stadt
Lemberg**
Musik von Gilbert
Leo Schützendorfer
Lichtenstein,
Carola

Busch-Rosen
täglich 8 1/2 Uhr
viele schöne Farben
10 Stück 2. 4.-
20 „ 7.50
reg. Radn Katalog
über Fortsch. d. u.
Gartenpflanzen grat.
Kahnd & Co., Gust.
Schim. Schimel 11, Schil.

Direktion
Dr. Robert Klein
**Deutsches
Künstler-Theat.**
Barbarossa 3637
8 1/2 Uhr
Sex Appeal
Leitg. v. Friedrich Lenz
Regie: Fritzi Lantzen
Albert Daxeremann,
Wally Christians

Berliner Theater
Dönhoff 170
8 Uhr
Ende 10 1/2 Uhr
„Ein, zwei, drei“
von Franz Molnar
mit Max Pallenberg.
Regie: Gust. Hartung
Vater:
sooper
Regie
Heinz Hilpert.

Metropol-Th.
8 1/2 Uhr
**Das Land des
Lächels**
Vera Schwarz,
Musik von
Franz Lehár

HAUSWATERLAND
KUNDFEST 1400
TÄGLICH
IN PALMENBAAL
ANFANG 11 UHR
**DIE REVUE
BERLINS
SERVUS
1930!**
BETRIEB
KEMPINSKI

Residenz-Theater
Künstl. Leitung
Gaston Brice
Täglich 8 1/2 Uhr
Sonntag 4 Uhr
Eisricke
Sundfunk. halbe Pr.

Blumenspenden
Jeder hat
infiziert preiswert
Paul Golletz
pomp. Robert Meyer
Hermannstraße 3
6de Rannstraße
Smt. Stortzel 10003

Dr. Marie Uebel
Komische Oper
Friedrichstr. 104.
Merkur 1401/4330.
Abendtäglich 8 1/2 U.
Holla di Bulla
mit
Guido Tilscher
Lustspielhaus
Friedrichstr. 236.
Bergmann 2922/23.
8 1/2 Uhr
**Geschäft mit
Amerika**

Kleines Theat.
Merkur 1624
Täglich 8 1/2 Uhr
Heute zum 25. Male
**Madame hat
Ausgang**
Erika von Tellmann
Paul Hörbiger
Hermann Schaufuß
Lvoanski, Schaut

**Wo spielt man
gut und billig?**
Nur
Gross-Berlin
Alexanderplatz

Deutsches Theater
12 Weidenweg 5201
Tägl. 8 1/2 Uhr
**Der Kaiser
v. Amerika**
von Bernard Shaw
Regie: Max Reinhardt
Kammerspiele
12 Weidenweg 5201
8 1/2 Uhr
**Die liebe
Feindin**
Kasseler v. L. P. Arlt
Regie: Rudolf Geyling

Die Komödie
11 Blumck. 241/47516
8 1/2 Uhr
Die Kircator
Schauig v. F. D. D. D.
Regie: Max Reinhardt

Lessing-Theater
Weidenweg 2797 u. 2845
Täglich
8 1/2 Uhr
**Haus
Daniell**

Meine Millionen Umsätze

... sind der beste Beweis für die Leistungsfähigkeit meiner Firma!

	Liter 8 1/2 Pf.	Liter 1 1/2 Pf.
Tafelquavit, echt, fassfeste	3.30	2.95
Weinbrand-Vorschnitt, * * Stern	3.75	3.45
Echter Weinbrand, * * Stern	4.60	3.60
Teorum, Jam. Rum, Vorchnitt 45%	5.20	4.05
Feinste Edelkörn bis 30%	5.20	4.05
Feinste echte Südwine		
Echter Tarragon, süß	1.35	1.10
Echter Malaga, süß, gold	1.60	1.30
Echter Griechewein, süß, gold	1.40	1.15
Echter Durr-Portwein, süß	2.90	2.25
Echter Ungarischer Südwine	1.45	1.15
Feinster Wermuthwein	1.25	1.00
Echter Pappawein für Kranke	1.20	1.00
Echter Medizinalewein für Kranke	1.20	1.00
Echter Tassano, M. n. Spezialität	1.70	1.50
Deutsche Waldweine, gute Qualität, von	1.20	1.00
Deutsche und franz. Rotweine	1.20	1.00
Echter, weißer, süßer Bordeaux	1.20	1.00
Echter, roter Burgunder	1.25	1.00

Grosses Spezialgeschäft seiner Art in ganz Deutschland. Beste Bezugsquelle für Gastwirte usw.

Zur gefälligen Kenntnis! Ich führe nur allerbest. deutsche hochprozentige zuckergesüßte Beerenweine.

Dessert Apfelwein, süß Liter — 75
Dessert Johannisbeer Liter — 50
Dessert Erdbeerwein Liter 1.45
Preise ohne Glas!

Eduard Süsskind
Brunnenstr. 42, Müllerstr. 144, Chausseestraße 76
Frenslauer Allee 50, Koppenstraße 57, Peters-
burger Straße 60, Grünauer Straße 15, Köpenicker
Straße 127, Martin-Luther-Straße 88, Wilmersdorfer
Straße 157, Wollankstr. 98, Wismarplatz 1, Weiden-
weg, Berliner Allee 247, Neukölln, Berliner Straße 19,
Hermannstraße 27, Brandau, Potsdamer Straße 23,
Schöneberg, Kolonnenstraße 9, Tempelhofer, Berliner
Str. 152, Steglitz, Schloßstr. 121, Meckb. Wilmacher
Straße 25, Oberschönweide, Wilhelmshofstr. 40.

Grosser Umsatz kleiner Nutzen

Erich Griflar: Monteur Kollerkopf

Es regnete in Strömen. Die Rietfeuer waren lange erloschen und nur die Kompressorventile pfeiften noch. Sonst war es still auf dem Bau.

Wenn es aufhört zu regnen, dann Regen kann man das ja nicht nennen, hatte der Monteur gesagt, dann geht es gleich wieder ran. Auch wenn ich nicht da sein sollte. Dann war er in seiner blanken Lederjacke fort und in die Stadt gegangen. Die Brückenbauer blieben zurück. Um das kleine Döschchen, das den Holzperfschlag, in dem sie sich für die Arbeit umkleideten und das Frühstück einnahmen, nur mühsam erwärmte, sahen sie zusammengerückt und starrten den Ostwind nach, die von Zeit zu Zeit durch die weite Kluft des Döschchens rollten und grau wurden, ehe das Auge sich den Platz merken konnte, an dem sie in dem Haufen der übrigen Aste verschwand.

Das Klirren einer Bierflasche sprang auf. Ein kurzes Gluckfen folgte. Dann war wieder Stille.

„Saumeiter heute“, meine der „schmierige Jupp“.

„Genau so ein Wetter wie damals, als ich von Frankreich wiederkam,“ nahm „Gamschewill“ das Thema auf. „Ihr wißt doch, wie ich mit dem Seelenverkäufer von der „Orange“ nach Raueg war. Wo ich den Krach mit dem kriegte. Natürlich hat er mich rausgeschmissen und da sah ich nun in der Fremde. Mein letztes Geld hatte ich aus Wut verpfoten; dann wollte ich mich für die Fremdenlegen anwerben lassen, aber da war ich doch nicht befohlen genug für. Ich bin dann runter nach Karlsruhe, mit einem Landsmann rüber in die Schweiz, nach Italien und eines Tages kamen wir denn auch glücklich wieder in den Rottensport. War eine schöne Zeit damals. Aber ihr hättet mich sehen müssen, wie ich in Oberhauen Arbeit annahm. Französische Ruppe auf dem Kopp, italienische Hosen und eine blaue Bluse. So eine lange, wie sie die Bauern da unten tragen. Bauer zusammengepfotene Broden. Die Schuhe hatte ich untern Arm und die Beine nackt. Dabei war es Februar. Aber unfern Monteur machte das nichts. Hauptsache, daß ihr Kletter könnt, das war sein Glaubensbekenntnis. Na, damit hat's ja keine Not bei mir.“

Woh ein Logis konnte ich nicht kriegen. Some Leute nehmen wir nicht, das war das ewige Waterloo, das ich zu hören bekam, wenn ich um eine Schlafstelle anfragte. Nun, ich hatte so lange Blöße gewissen, da konnte ich auch mal in der Bauhütte schlafen, bis ich neue Broden hatte. Aber was für 'nen Spaß ich hatte, als eines Tages einer von den Femern, der mit keine Schlafstelle geben wollte, zum Monteur kam und fragte, ob hier einer arbeite, der Klöße hieß. Ihr wißt doch, Klöße, das sagt man hier zu den Norren. Wie er denn ausgehen hätte. Ja, so genau konnte er das auch nicht sagen, er wärde meist auf Schicht gewesen und hätte ihn selten gesehen. Auf jeden Fall wärde er ihm mit seiner Frau und 14 Loge Kostgeld durch. Ja, sagte unser Monteur, dann müßt ihr euch eben einen anständigen Brückenbauer in Logis nehmen, der sagt euch wenigstens seinen richtigen Namen, ehe er euch durchgeht. Boar Wochen drauf ging ich mit dem Monteur, wißt ihr, es war der dicke Kollerkopf, der damals seine beste Zeit hatte, nach Hamburg. Hier war schöne Arbeit, eine neue Strohbrücke sollte gebaut werden und Klopffloßmann hatte die Oberaufsicht. Wochen ging das gut. Die Gerüste waren fertig und die Untergurte waren gelegt. Alles ging seinen Gang. Da kriegt unser Monteur einen Tag seinen Vogel. Ihr wißt ja, wenn er ans Saufen kam, dann war drei Tage nichts mit ihm zu machen. Diesmal war es besonders schlimm. Er fing am Tage vor der Löhnung an, machte Schindeln auf sein Lohngeld und als der Wert ihm nicht mehr pumpen wollte, bezahlte er den ganzen Tag mit der Löhnung, die den Morgen gefommen war. Einmal angefangen mit dem Geld, lud er die ganze Kolonne ein, mitzufahren. Eine ganz' Nacht dauerte der Rummel und daß es nicht beim Brandwein blieb, könnt ihr euch denken. Sinder, ihr sollt's auch mal gut haben, schrie der dicke Kollerkopf einmal übers andere Mal und zog mit uns in ein neues Lokal. Am anderen Morgen hatte natürlich keiner Lust zu arbeiten, aber weil Löhntag war, trübete einer nach dem anderen ein. Doch was nützt der schönste Bohntag und was helfen die längsten Löhnerstunden, wenn der Monteur die Löhnung verlossen hat? Wäre ja auch weiter kein Unglück gewesen. Die Firma war uns schließlich gut für unser Geld. Und das ist kein Brückenbauer, der nicht auch mal acht Tage auf Bump sehen kann. Aber wie das so ist. Reicht einer erst die Klappe auf, dann kriegen die anderen Mut und die h a n n Mut kriegen, die sind schlimm. Am Nachmittag zog die ganze Kolonne vor Kollerkopps Bude und verlangte Geld.

„So befohlen Kollerkopf auch war, so befohlen war er nicht, daß er jetzt nicht nützlich wurde. Arsis, seid ihr denn verrückt? Schrie er, ihr wißt doch besser wie ich, wo das Geld ist, und sagen kann ich doch auch nicht. Wo soll ich's denn hernehmen? Wartet ein paar Tage.“

Wir wollen unser Geld, schrie die Kolonne.

Aber nicht von mir und heute nicht, gab Kollerkopf zurück. Wir Allen, die wir Kollerkopf nicht erst seit gestern kannten, wollten gute Pläne zum bösen Spiel machen und versuchten, einzulenkeln. Zungens, sagt einer, wir haben so oft Kohldampf geschoben und so all wir sind, schon mehr Geld auf der Latte als in der Bodntülle gehabt, laßt uns vernünftig sein. Wenn der Kantienwirt uns pumpt, ist ja alles gut. Schließlich können wir unferen Monteur nicht in die Klemme bringen, weil er mit uns geflossen hat.

Na, ihr wißt, wie das so geht. Die Barmut steht in solchen Fällen nie und manche logen's auf Unvernunft geradezu an. Wir werden unser Geld schon kriegen, brumnten ein paar Berwegene und zogen ab. Nach einer Stunde sind sie wieder da. Haben einen Klängeffler mitgebracht und laden ihn ein, daß er voll Schrauben auf die Karte.

Wir haben unser Geld, kommen sie dann zu uns in die Kantine. Wir sind nicht so dumm und lassen uns um unser Geld bringen wie ihre Schlapphälle.

Was soll da Moß von kommen, warnte einer die anderen. Aber wie das so ist, wenn einer Unrecht tut, und es trifft ihn nicht auf der Stelle der Schlag, dann ist es schwer, die anderen davon zurückzubalten.

Den ganzen Nachmittag schleppten die Brüder Klöße und Riete zu den Kleisenhändlern der Stadt, die nicht wußten, was los war. Natürlich wurde ihnen das ganze Zeug als Schrott verkauft und ihr könnt euch denken, daß sie nicht viel für die Schorc gaben. So habe die Firma doppelter Schaden, einmal hatte der Monteur den Lohn verlossen und zum zweiten fehlte ihr das Ratter.

Abend vorher noch vernünftig geblieben waren, wurden jetzt unvernünftig wie die anderen und hielten sich daran, wegzuschleppen, was sich irgendwie zu Geld machen ließ.

Mittags kam der zweite Monteur, der ein paar Tage fort gewesen war, er schimpfte wie ein Biber, aber er konnte Gefährliches auch nicht ungeschehen machen, zumal sich Kollerkopf um nichts mehr kümmerte. Er schickte ein Telegramm an die Firma.

Am nächsten Tag war der Chef selbst da. Er hielt uns eine lange Morospredigt und gab uns Geld, um die verflopten Eisenteile zurückzufahren. Soweit das möglich war, wurde das gemacht. Schließlich hatten die Schrotthändler auch Interesse daran, die unechte Schorc wieder loszuwerden, ehe sich die Polizei in die Sache mischte. Das hinderte sie natürlich nicht, an dem Handel nochmal ein schönes Geld zu verdienen. Unterdessen war Kollerkopf erschwandener. Jemandwo in einer Hasenschenke war er vor Unter gegangen und wartete auf das, was geschehen würde. Natürlich wollte der Alte ihn und die ganze Kolonne zur Anzeige bringen, aber so weit kam es nicht. Am Tage vorher schon hatte sich an der Riste ein Sturm aufgelassen, der sich in der Nacht zu einer regelrechten Sturmflut entwickelte, die das Wasser mit Gewalt in die Flußmündungen zurückbrachte. Das Wasser stieg und fleg, aber es folgte der Flut keine Ebbe. Der Chef kam selbst auf den Bau und sah mit Rummel, wie ihm das steigende Wasser den letzten Halt für die prophersischen Brückenpfeiler wegspülte. Nun war unser Gerüst ja wohl ordentlich verankert und gut gesichert, aber es war doch nur Sand, auf dem es stand, und den spülte die strigende Flut, die über die Delle fleg, die wir rund um die Gerüstpfeiler hochgeführt hatten, hinweg. Was das bedeutete, brauch' ich euch ja nicht zu sagen, wo wir doch erst die Untergurte liegen hatten und der ganze Kram uns ins Wasser kippen mußte, wenn auch nur ein Stückchen sich lockerte.

Der Alte rannte über die Baustelle und schnappte den zweiten Monteur an. Aber der wußte auch keinen Rat. Wir müssen nachsehen, rief der Alte. Wir kriegen doch jetzt keinen Mann in das Wasser! Ach Quatsch, sagte der Alte, wenn die Leute Courage haben, die habe Brücke zum Klängeffler zu schleppen, dann werden sie auch Courage haben, die Brücke festzumachen. Los, wer will runter? Alle Mann meldeten sich. Aber sie mochten teilen, klopfen, sie mochten binden, sie mochten ziehen, immer war es die vertehrte Stelle, an der sie klopften. Schließlich fand einer das Wort, das erlöste: Kollerkopf muß her! Er ist der einzige, der die Brücke retten kann.

Kollerkopf gehört ins Zuchthaus, aber nicht auf diesen Bau, rief der zweite Monteur. Aber die Sirenen, die von der Riste her dröhnten, schnitten ihm das Wort ab.

Es wird noch schlimmer mit dem Wetter, meinte einer. Das Gerüst löst sich. Ach Quatsch, sagte der Alte. Kollerkopf muß her. Los, holt ihn!

Mit drei Mann klopften wir alle Hasenschenke ab und suchten unseren Monteur. Schließlich fanden wir ihn. In Pantoffeln sah er hinterm Tresen. Er hatte nun auch noch seine Stiefel verlossen.

Monteur, ihr sollt sofort auf die Baustelle kommen.

Soo, was soll ich denn da?

Der Alte ist da und Sie sollen zu ihm kommen.

Was geht mich das an? Ach habe nichts mehr zu tun mit der Firma. Ich warte hier auf den Schuhmann. Ihr möchtet doch, daß ich ins Zuchthaus komme, ihr Raben. Nun gut, ich warie, daß sie mich holen.

Quatsch Monteur, wer redet hier von Zuchthaus, die Brücke geht ins Wasser und ihr seid der einzige, der sie retten kann.

So so, das ist was anderes, sagte er nun und machte sich fertig.

Als der Chef unseren Monteur sah, sagte er kein Wort. Geht mir mal ein Paar Wasserstiefel, sagte Kollerkopf. Was los, ein Paar Wasserstiefel oder soll ich auch noch nach in die Brücke gehen? Der Chef schloß halt ihm in die Stiefel.

Und nun einen Vorhammer und Keisel. Und ihr nehmt euch ein paar Stride. Aber keine Zwenschnen. Und du, du gehst auf die andere Seite, ging er den zweiten Monteur an.

Du hast hier nichts mehr zu befehlen. Ein Mann, der ins Zuchthaus gehört. Ich bin hier jetzt Monteur.

Gut, gut, sagte Kollerkopf. Will, komm und zieh mir die Stiefel aus, warnte er sich dann an mich. Ich wußte nicht, was ich machen sollte. Da stand der Chef der Firma, da der zweite Monteur und dann sah da noch Kollerkopf, der eigentlich nichts mehr zu sagen hatte, aber doch der einzige war, zu dem es mich zog. Ich nahm seinen Fuß, um ihm die Stiefel auszuziehen. Da schrie der Alte Kollerkopf an. Also friß, was ist das hier für ein Theater, willst du uns nun helfen oder nicht? Du siehst doch, daß dieses Quatschmaus nicht aus und ein weiß.

Entschuldigender Herr Chef, sagte der Zweite, ich habe weder die Löhnung unterschlagen. . . . Noch sonst etwas auf dem Kirchhof, das sich entschuldigender ist, ergänzte der Alte und jetzt machen Sie schließlich, daß Sie rüber kommen und tun, was Ihnen gesagt wird.

Kollerkopf erhob sich. Er hatte verstanden. Los, Leute, sagte er dann. Heute abend gibt's 'ne Budde Schnaps für jeden oder ich heiße nicht mehr Kollerkopf. Los und ran!

Kollerkopf übernahm das Kommando. In der Ferne rollte die See. Sirenen heulten. Röteten stiegen am Himmel hoch. Das Wasser spülte ein übers andere Mal über die Gerüste weg, die im Wasser standen. Alle drei Minuten dröhnten Böller schüsse, Rotsignale für die Bevölkerung. Kollerkopf wartete von Pfeiler zu Pfeiler, ließ hier ein Tau anbringen, dort einen Keil unterlegen, schlug selbst unter Wasser die Keile mit dem Vorhammer fest. Oben auf dem Gerüst stand der Chef und horchte in die Nacht hinaus, die früh begonnen hatte und nicht enden wollte.

Friß, holl mi de Brügge fast, rief er ein übers andere Mal herunter.

Heinrich, es geht nich, Heinrich, es geht nich, rief Kollerkopf zurück.

Friß, du mußt mi de Brügge hollen.

Heinrich, loh di rohn, du mußt runter kommen, sah flegst du mit de Furi im Water, wenn los geht.

Friß, holl mi de Brügge fast, mehr segge ich di nich.

Heinrich, du hößt, dat ic' dau, wat ic' kann, aber mehr kann ich nich, dau.

Immer wieder führten die beiden dieses Zwiegespräch. Immer aufgeregter kief der Alte über die Gerüste, auf die sich keiner mehr

von den anderen wagte. Man sah, daß er zugrunde gehen wollte mit dieser Brücke, deren Zusammenbruch ihn ruinieren mußte.

Unten stand Kollerkopf. Bis an die Brust im Wasser, schwang er die Fahne und feiste die Pfeiler fest, ließ sich einen Priem herüberreichen, drehte ihn im Munde herum, daß sich mal die linke, mal die rechte Seite hervordrückte, spruckte aus und arbeitete weiter. Zwischenhand ordnete er an, was an den anderen Stellen zu tun war, und wenn die ganze Arbeit auch hoffnungslos schien, er gab nicht nach.

So kam der Morgen. Die Böllerschüsse an der Riste hörten auf. Die Sirenen schwiegen. Das Wasser flog langsam zunächst, dann beschleunigt ab.

Eine Stunde blieb Kollerkopf noch auf seinen Posten, dann kletterte er aus dem Wasser.

Oben ließ der Chef noch aufgeregter hin und her: Heinrich, se steiß, Heinrich, se steiß, rief Kollerkopf heraus, dann kletterte er aus dem Wasser und ließ sich trockenes Zeug geben.

Und einen Grog, ihr Himmelhund, rief er dem „krummen Karl“ nach, der ihm warme Tücher brachte, in die er sich wickeln konnte, um trocken zu werden.

Draußen haugenscheinigte der Chef die Brücke. Wohl hatten die Gerüste sich etwas verzogen, aber es war nur eine Arbeit von Stunden, sie wieder auszurichten. Hauptsache, daß sie noch standen. Nachmittag bekamen wir den versprochenen Schnaps.

Und Kollerkopf?

Kollerkopf blieb natürlich Monteur. Der Chef erließ die Schoden und zog sogar die Anzeige gegen die Leute zurück, die ihm die halbe Brücke verkauft hatten, weil sie einmal ihren Lohn nicht kriegen. Das einzige, was ihm leid tat, war, daß er die Klängeffler nicht wegen Heckerlei drankriegen konnte, denn wenn er die angezeigt hätte, hätte er auch die ganze Kolonne drankriegen müssen und das läßt Kollerkopf nicht.

„Anständiger Karl, das muß man fegen,“ meinte der „schmierige Jupp“, als der „Gamschewill“ mit seiner Erzählung fertig war.

„Aber ich glaube, draußen scheint die Sonne wieder,“ meinte Gamschewill, „und da wollen wir doch lieber auf den Bau gehen, als hier die Zeit zu vertrödeln; denn wenn ein Monteur auch alles versteht und mehr verzeiht als er versteht, daß Brückenbauer bei Sonnenschein in der Bude haben, also ich meine, der Monteur, der das versteht, muß noch geboren werden.“

„Dann also an ihn mit Gebrüll!“

Fünf Minuten später dampften die Feldschmieden wieder und die Rießhämmer donnerten über den Fluß, über den sich, noch im Rohbau, aber doch schon in klarer gegliederter Form, die Bogen der neuen Brücke spannten.

Erna Böfing:

Wildem Opferlier in der Stromschnelle

Jemandwo in einem von der Zivilisation noch unentdeckten Land müht sich ein unzulieferter, ein halbwidder Mensch im selbstgebaute Boot durch die schmale, von keiner Korrektur geübte Fohtrinne eines Flusses. Die Luft stäubt vor den Augen in silbernen Schlangentönen. Die Hitze legt die Haut, jagt das Blut hämmern durch die Adern. Die Lungen saugen keine frische Luft, denn sie füllen sich nur mit abgelagerter Luft. Der Wald, der den schmalen Flußlauf umschließt, vibriert in der Sonnenhitze. Doch mit Anstrengung und schnellen Ruderschlägen eilt der Mensch seinem Ziele zu, froh über seinen Tagesfang, den Riesfisch in seinem Boot.

Leises Donnerrollen durchrollt die Stille. Im noch hellen Himmel läßt der schwache Widerschein seiner Blühzacke. Der primitive Mensch fühlt seine Abhängigkeit von der Natur, die für ihn Gott ist.

Bräusend macht der Sturm sich auf, treibt schwarze Wolken vor sich her und die Nacht senkt sich über die Erde. Aber es ist nicht das Dunkel, das Ruhe und Entspannung bringt, es ist das Dunkel, das zum Schleier eines jeden Unheils wird. Der Mensch treibt sein Boot durch gefährliche Stromschnellen. Die Angst macht ihn roh von Schweiß, er triefet von Wasser, noch bevor ein Tropfen Regen auf die Erde kommt. Angst ist bei ihm zugleich Götterglaube. Jetzt steht Gott über ihm. Das Leben des kleinen Menschen ist nur schwere Mühe, aber er liebt es, dieses sein Leben. Er verspricht seinem Gott seinen ganzen Tagesfang, diesen fetthäutigen Fisch, wenn er ihm, dem Belenden, das Leben läßt.

Nabe zudem die ersten Blitze, der Regen wälzt sich auf die Erde, der Wald wird von läben Schauern durchschüttelt. Blitze jagen auf die Erde, kauen an den Bäumen runter und entzünden sie zu Almadtsackeln, die das Dunkel der Nacht zerreißen. Sie jagen dem Menschen den Weg durch die Stromschnellen. Er hat sie überwunden und er sagt seinem Gott: „Wenn ich in meine Hütte komme, dann opfere ich dir den ganzen großen, schönen Kopf meines Fisches.“

Bufschwert brennt am Ufer entlang und weist den hastigen Ruderschlägen des Menschen den richtigen Weg. Er spricht mit seinem Gott und beteuert ihm: „Wirklich, ich opfere dir den größten Teil des Fischkopfes, ich will ja nur das Gehirn, die Augen und die beiden Seiten essen.“

Der Wind löst das Boot und treibt es dem Ziele zu. Es jagt mit dem Wellen des Flusses. Der Mensch, entlastet durch die Gunst des Windes, betrachtet seinen Fang genau und verspricht seinem Gott, den Schwanz des Fisches.

Die Regenschauer zerreißen das Gewitter, fernhin zudem schwache Blitze, und wuchtbehalten landet der Mensch bei seiner Hütte.

Nach einer solchen Fahrt gehört es sich natürlich, einen guten Bissen zu essen. Dann der Regen verlangt auch seine Opfer, er ist desgleichen ein Herrscher, und zwar der Herrscher über den menschlichen Körper.

Als der Mensch sich so recht sattgeessen hatte, da besah er wieder Kraft und war selber ein Gott. Und keinem Gott, nun, dem opferte er die Fischgräten.

Das Wachstum des Menschen geht in einzelnen Wachstumsabschnitten vor sich, während dazwischen Zeiten liegen, in denen kein Wachstum erfolgt. Man hat nun durch Beobachtungen festgestellt, daß diese Wachstumsabschnitte mit den Jahreszeiten zusammenhängen, und es hat sich ergeben, daß der Mensch in den Monaten November bis April so gut wie gar nicht wächst, vom April bis Juli ist das Längenwachstum am stärksten, vom Juli bis November ist das Längenwachstum schwach, dagegen die Gewichtszunahme groß. Die Erklärung für die Tatsache liegt natürlich in den günstigeren Bedingungen für die allgemeine Lebensfunktion, die die warme Jahreszeit mit sich bringt.

